



EINE LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG

■ Köhlers Skandalrede

Unser Bundespräsident schaffte es, zum Tag der Befreiung vom Faschismus weder das Wort Faschismus noch das Wort Antifaschismus in den Mund zu nehmen. **Seite 3**

■ Atmen muss der Mensch

Doch die Luft dazu wird immer dünner – weitere Unheimlichkeiten aus der Dübener Heide **Seite 5**

■ Kein Schlusstrich untern 8. Mai

Denkwürdiges um den Bornaer Buchenwaldhäftling Walter Eberhardt **Seiten 8/9**

■ Zum 100. von Scholochow

Ein Lebenswerk der Menschlichkeit **Seite 12**

10
2005

13. Jahrgang

20. Mai

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

 **Alles bleibt**

beim  **alten.**

 **aber jetzt**



ANDERS!

Marc Ranstetter 2005

Zum Dummen gemacht

Europaweit wehren sich Kommunen gegen Nachtflüge. So musste die Postfrachttochter DHL zur Kenntnis nehmen, dass Brüssel und Frankfurt (Main) mit dem Gesundheitsinteresse ihrer Bürger jetzt Ernst machen. Vielleicht deshalb, weil dort allerhand einflussreiche Leute mitreden, denen Lebensqualität etwas wert ist?

Im Ballungsgebiet Leipzig/Halle dagegen sollen Post- (und NATO-) Frachter Tag und Nacht starten und landen dürfen. Und das jahrelang – was schert unsere Instanzen der Kampf um Nachtflugverbot! Milbradt wohnt weitab am Elbhof, Tiefensee im Süden seiner Stadt. Was aber die Bürger des Leipziger Nordens von den geplanten 150 Starts und Landungen der DHL je Nacht zu erwarten haben, verdeutlicht eine Erklärung von 19 Ärzten der Region:

„Dreißig Jahre jede Nacht mit geschlossenem Fenster schlafen müssen und trotzdem immer wieder im Schlaf gestört werden: Das bedeutet auf Dauer mehr Menschen mit hohem Blutdruck, mehr Herzinfarkte, Schlaganfälle, Depressionen, einen höheren Medikamentenbedarf und letztlich einen früheren Tod. Das darf nicht sein und ist unserer Meinung nach mit den eventuell entstehenden Arbeitsplätzen nicht zu rechtfertigen.“

Das Lärmschutzkonzept des Flughafens Leipzig-Halle lasse 75 Prozent der Bevölkerung unberücksichtigt. Bedenklich seien auch die gewaltigen Mengen von Kerosin-Abgas bei Frachtflügen. Die Ärzte vermissen „die Verantwortung der Politiker für kommende Generationen“.

Wenn Leute mit Tunnelblick Leipzig zum Dummen machen und sich auch noch dreist als Ansiedlungs-Sieger feiern lassen, sollten ihnen energisch ihre Grenzen gezeigt werden. Ich schäme mich für Sachsen, solange es Europa in den Rücken fällt.

• G. BRAUN

Lob der Leuchttürme

Selten war der LVZ-Chefredakteur so mit dem Bundeskanzler zufrieden wie nach dessen Auftritt bei BMW. Beide feierten die offizielle Eröffnung des neuen Leipziger Werkes fast wie ein Erscheinen des Messias auf ostdeutschem Boden (schon vor fünf Jahre verlieh die LVZ diesen Titel an Porsche wegen 250 Arbeitsplätzen). Dabei mieden sie strikt die greifbaren Ergebnisse für den Arbeitsmarkt der Region, denn kaum 500 ehemals Arbeitslose fanden hier einen neuen Arbeitsplatz. Für Chefredakteur Hilder dennoch Anlass für tiefe Verbeugungen und Dankestiraden an „deutsche Manager und Unternehmer für ihre Investitions- und Innovationsfreude“ und zugleich für eine erneute kategorische Zurückweisung jeglicher Kapitalismuskritik, stattdessen Lob der „Anti-Münzferingisierung“ in den offiziellen Ansprachen. In der Tat ist die BMW-Ansiedlung in Leipzig frei von jeglichem Heiligenschein, sondern kapitalistische Mentalität und kapitalistischer Geschäftssinn pur. Für den Osten, für Leipzig sprachen – Hilder gesteht es unfreiwillig ein – die „günstigeren Kostenstrukturen“, die (was er nicht sagt) den Gewerkschaften in einem faulen Kompromiss abgerungen wurden.

• KURT RECHT

Unausgewogenes Schauspiel

Die für die Spielzeit 2005/06 angekündigten Premieren im Schauspiel Leipzig können sich des Eindruckes fehlender Ausgewogenheit nicht ganz erwehren. Intendant Wolfgang Engel und seine wieder einmal ausgetauschte Chef-dramaturgie haben das durchaus nicht leichte Kunststück zu bewältigen, es vielen Geschmäckern recht zu machen. Dennoch: Es darf gefragt werden, ob ein Stadttheater bespielt oder das nationale Feuilleton befriedigt werden soll. Warum muss wieder ein LaBute – seines Zeichens US-amerikanischer Mormone, dessen Stücke oft dubiose Botschaften vermitteln – im Spielplan auftauchen? Eine unsägliche Modewelle.

Doch am besten lässt sich die nächste Spielzeit beschreiben, indem man feststellt, was nicht auf dem Premierenplan steht. Weder Brecht (schon ein halbes Jahrzehnt her, als B.B. auf Leipzigs städtischen Bühnen zu sehen war) noch Goethe (seit „Faust I+II“ ebenfalls nicht wieder aufgetaucht), weder Schiller (die halbseidene Don-Karlos-Inszenierung läuft weiter) noch Euripides.

Zum Schatten gesellt sich aber auch Licht: „Wir dürfen auf Heiner Müllers „Zement“ und Arnolt Bronnens „Recht auf Jugend“ gespannt sein. Außerdem: Wir Leipziger sind ein treues Theaterpublikum. Und neugierig. Trotz alledem.“

• D. M.

Typisch grün:

Deutsche Herrschaftsplanung ja, aber veredelt

In einem Papier zur Außenpolitischen Jahrestagung der bündnisgrünen parteinahen Böll-Stiftung im Juni heißt es, die geforderte „Nutzung der russischen Energieressourcen“ habe in „nachhaltigen und umweltgerechten“ Bahnen vor sich zu gehen. Auch im „kaspischen Raum“, in Nordafrika und im Nahen Osten müsse die Expansion ökologisch veredelt erfolgen.

Der von den Leipziger Kammerpräsidenten Dirschka und Topf assistierten, lautstarken Vorstoß der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zur Privatisierung wichtiger kommunaler Unternehmen muss ernst genommen werden.

Wem nützt das Getöse? Wessen Interessen vertreten der Wirtschaftsdezernent Schubert und diese Fraktionen eigentlich, die der Bürger bzw. der Wähler oder die der internationalen Großkonzerne?

Um die Interessen einer bestimmten Lobby zu bedienen, wird der Umstand benutzt, dass der städtische Haushalt arge Probleme hat und konsolidiert werden muss.

Die Wortführer der Privatisierungskampagne ignorieren dabei, dass mit dem Verkauf auch nur eines der drei Unternehmen der Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) ein strategischer Vorteil für die Stadt und ihren Haushalt verloren geht. Die so genannte „Leipzig AG“ bringt der Stadt einen jährlichen indirekten und direkten Vorteil von über 50 Millionen Euro in das Stadt-

Der Stadt jedenfalls nützen Privatisierungen nicht

säckel. Darüber hinaus untersetzt sie in ihren Planungen die stadtplanerischen Strategien und substituiert einen Teil der zurückgehenden finanziellen Ausstattung durch Bund und Freistaat. Die so genannte „Leipzig AG“ generiert Gelder, die sonst durch erhöhte Steuern und Abgaben ausgeglichen werden müssten. Durch die Vergabe von Leistungen der Stadtwerke (SWL) und der Kommunalen Wasserwerke (KWL) an klein- und mittelständische Unternehmen der Region mit einem Auftragsvolumen von ca. 61 Millionen Euro (entspricht einem Anteil von über 90 Prozent) sind sie eine wichtiger Faktor in der regionalen Wirtschaftsförderung und erbringen einen nicht unerheblichen arbeitsmarktpolitischen Vorteil für die Stadt.

Die Aktivitäten bestimmter Kreise, den Nutzen dieser so genannten „Stadt AG“

klein zu reden, laufen daher ins Leere. Zwar könnte mit dem erzielten Erlös aus einem Verkauf der SWL oder der KWL die

Zinslast der Stadt wesentlich gesenkt werden. Was aber kommt danach? Woher soll dann die Stadt Gelder generieren, wenn Steuern und Abgaben möglichst niedrig gehalten werden sollen und die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch Bund und Länder immer dürftiger ausfällt? Offensichtlich durch Kürzungen von Leistungen im sozialen Bereich. Betroffen wäre der bereits jetzt

Erinnern – in aller Öffentlichkeit

Kalt und windig war diesmal der 8. Mai, ganz anders als vor genau sechzig Jahren. Dennoch lasen Autoren und Schauspieler an diesem Tag im Freien, um an den Mai 1945 zu erinnern. Unter Leipzigs Rathausarkaden trotzten Hörer auf Mövenpick-Stühlen der Kühle, dankbar, dass Christel Hartinger vom FRIEDENSZENTRUM so viele Prominente vereint hatte. Vereint im Nachdenken über Gesellschaft und Individuum im mörderischsten aller Kriege. Und noch erregt vom eben erlebten 1. Mai, an dem „Demokraten von der Straße gespült“ wurden (Peter Gosse).



Foto: Märker

Zum Auftakt las Burkhard Damarau Georg Maurer. In drei Runden folgten mit eigenen und anderen Texten: Peter Gosse, Ralph Grüneberger, Dieter Mucke (Halle) / Jan Zänker, Bettine Reichel, Bernd Weinkauff, Thomas Bach-

mann / Joachim Nowotny, Andreas Reimann und Helmut Richter. Ausklang mit Hildegard-Maria Rauchfuss, gesprochen von Gisela Oechelhaeuser.

Eine Lesung wie ein Mahnmal, mitten in unserer Stadt. • gb

Birthlers sind überall

Marianne Birthler ist erfreut. Der Haushaltsausschuss des Bundestages, der zwar behauptet, aus lauter Sparzwängen weder ein noch aus zu wissen, hat die eingepplanten, aber vorläufig gesperrten 2,8 Millionen Euro für die Gauckler freigegeben, damit die uns wirklich teure Behörde ihr neues Regionalkonzept, das Modell „5 plus 5“ mit künftig 10 Außenstellen, umsetzen kann.

Im Klartext: An fünf Standorten sollen die Akten des jeweiligen Bundeslandes konzentriert werden. Dazu kommen nun Außenstellen, die ebenfalls das gesamte Leistungsspektrum der Behörde anbieten, und zwar in Rostock, Halle, Frankfurt/Oder, Leipzig und Erfurt. Zusätzlich wollen die Birthlers auch noch „deutlich kleinere Außenstellen (Typ B)“ in Neubrandenburg, Magdeburg, Suhl, Dresden und Chemnitz entstehen lassen. Wer nicht zu Frau Birthler kommt, zu dem kommt sie halt selber. Das ist wie überall in der Konsumgesellschaft, das Angebot erhöht die Nachfrage.

• MX

Nein zu dieser EU-Verfassung!

Verfassung.“ Pluralismus sei nicht mit BeLIEBIGkeit zu wechseln. „Hier handelt es sich nicht um Landespolitik, da möget ihr nach eurer Fasson selig werden.“

Die Chemnitzer (friedeninderwelt@web.de) rufen alle Friedensbewegten auf, sich öffentlich zu der über Jahre erstrittenen Grundposition zu bekennen und den Wankelmütigen zu sagen, dass hier faule Kompromisse ins Haus stehen. Besorgt fragen sie: „Soll jetzt unsere Glaubwürdigkeit, das Vertrauen

der Menschen in unsere Aufrichtigkeit leichtfertig verspielt werden?

Gleichzeitig besteht für die Interessengemeinschaft die Forderung weiter, über diese Verfassung durch einen Volksentscheid abzustimmen. Sie ruft zur Unterstützung ihres Standpunkts auf und bittet, sich mit entsprechenden Forderungen an die PDS-Bundesgeschäftsstelle (Rolf Kutzmütz, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin) zu wenden. eMail: bundesgeschäftsstelle@pds-online.de

schon über Gebühr geschöpfte Bürger. Eines scheint klar: Aufgrund der nötigen Finanzkraft können nur international agierende Konzern kaufen, wie z. B. die aus Gelsenwasser AG, der RWE-Tochter Thames Water, der Sueztochter Ondeo und der Veolia Environnement entstandene Euro Wasser AG oder die Energieriesen RWE, Vattenfall, EnviaM. Entmonopolisierung der Märkte und damit Preisvorteil für die Kunden? Fehlanzeige! Direkte und indirekte Gewinnverwendung im Sinne der Bürger? Ebenfalls Fehlanzeige! Vergabe des Auftragsvolumens bei 90 Prozent an regionale Unternehmen? Unwahrscheinlich! Diese Konzerne haben bereits ihre Verträge gebunden.

Es geht um Energie- und Wasserrechte. Es geht um Emissionshandelsrechte. Es geht um einen Markt, der Milliarden Gewinne verspricht.

Wem also nützen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen mit der Absicht zur Privatisierung?

• WILLIAM GROSSER

Noch einmal zum 1. Mai in Leipzig

Der große Unterschied

Warum verlief die Abwehr von Nazidemonstrationen am 1. Mai in Leipzig und am 8. Mai in Berlin so ganz unterschiedlich? Sie erinnern sich: In Berlin gelang es, den geplanten Marsch der auf dem Alex versammelten Jung- und Altfaschisten Richtung Brandenburger Tor zu verhindern. Sie kamen keinen Schritt vom Platz. In Leipzig gelangten die Trupps des Hamburgers Worch – darunter auch Gesinnungsbrüder von der NPD – vom Hauptbahnhof bis fast zum Wilhelm-Leuschner-Platz. Zum Ziel Karl-Liebknechtstraße/Südvorstadt kamen sie nicht – aber sie marschierten. Wasserwerfer, Reiterstaffel, Knüppel und „Pfefferspray“ bahnten ihnen den Weg.

Der erste Grund des Unterschieds ist offensichtlich: Während der mit starker internationaler Beteiligung begangene Tag der Befreiung in der einstigen Reichshauptstadt der Polizeiführung höchste *Sensibilität für Öffentlichkeitswirkung* gebot, konnte sich die Staatsgewalt eine Woche zuvor bei uns in gewohnter Weise verhalten. Einerseits visitierte sie die Neonazis gründlich und hielt sie lange am Bahnhof fest. Andererseits zeigte sie

schon Stunden vor Einsatz in auffälliger Weise ihre Instrumente (siehe oben), ließ schwerlich Sympathie für demokratischen Widerstand erkennen und schuf mit einem riesigen „Kontrollbereich“ einen Spannungszustand. Als kurz vor Abmarsch der Nazis Polizisten am Georgiring vorrückten und aus der friedlichen Sitz- und Stehblockade von Gegendemonstranten ganz vereinzelt Feuerwerkskörper und Flaschen flogen, nahm das die Einsatzleitung zum Anlass für brutale Räumung. Die Polizei drängte



Menschen sogar über die Mauer am Platz vor der Oper. Ähnlich zeigte sich Staatsgewalt später am Lennépark.

Frage: **Lässt sich der hiesige Einsatzleiter im Fall einer Gegendemonstration die Taktik von einer Handvoll Leuten diktieren**, die zorn erfüllt sind und es womöglich auf Konflikt anlegen? (Die Frage erübrigt sich, sollte ein abgekartetes Spiel vorliegen.) **Hält er es angesichts der geschichtlichen Lehren für angebracht, eine überwältigende Mehrheit friedlicher Antifaschisten wegzuspülen und zu jagen, die mit dem „Aufstand der Anständigen“ in allerbestmöglicher Weise Ernst machen?**

Ein weiterer Grund für den Unterschied zu Berlin: *Quantität schlägt in Qualität um*. Zwischen Alexanderplatz und Brandenburger Tor und auf angrenzenden Straßen war eine enorme Zahl von Menschen – wohl an die 20 000 – auf den Beinen, die den Hitler- und Goebbels-Jüngern schon rein physisch den Weg verlegten. In Leipzig waren – bei abschreckender Informationspolitik der meisten Medien – knapp über 4–5000 zur Stelle. Selbst Beigeordneter Tschense wies am 12. Mai bei

der öffentlichen Fraktionssitzung der PDS im Rathaus darauf hin, dass **Worch nicht losmarschieren dürfte**, zumindest nicht auf vorgesehener Strecke, **wenn der Widerstand künftig „groß genug und friedlich“ ist**. (Nebenbei: Holger Tschense bezeichnete Passagen aus der Begründung des Oberverwaltungsgerichts Bautzen zur Ablehnung des Demonstrationsverbots für Worch als „fast zynisch“. Und – man höre – er entschuldigte sich für „Fälle besonderer Härte“ beim Polizeieinsatz; er sei bereit, „Verantwortung zu übernehmen“. Als Bauernopfer?)

Frage: **Wenn der Beigeordnete Recht hat, reicht dann die Mobilisierung aus, die Parteien und Organisationen wie der DGB vor dem 1. Mai vollbrachten?**

Wo waren die aufrüttelnden Plakate, die klarmachten, dass dieser 1. Mai schon wegen der Naziinvasion kein Feiertag, sondern Kampftag ist? Wann hört der DGB – und nicht nur er – auf, junge Antifas ins Abseits zu stellen? Sportverbände und -veranstalter müssen sich fragen, ob sie künftig in einer Situation wie an diesem 1. Mai ungewollt Mitbürger vom politischem Engagement abhalten oder besser die Sportler aufrufen sollten, ein Beispiel demokratischer Haltung zu geben. Die Liste ließe sich fortführen.

Berlin bewies überzeugend: Wo ein Wille ist, da ist ein Weg. Nazis kommen nicht durch, wenn der Wall hoch genug ist und wenn der Staat ihn nicht unterminiert.

• GOTTFRIED BRAUN

Die LVZ titelte ihre Berichterstattung über die Feierstunde von Bundestag und Bundesrat aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung von der Gewaltherrschaft des Faschismus: „Köhler brilliert mit Rede“. Doch wer der Sache auf den Grund geht, sich mit dieser Rede des Bundespräsidenten näher beschäftigt, stellt Bedenkliches fest.

Köhler hat, darin besteht kein Zweifel, mit Abscheu und Verachtung gegenüber den Naziverbrechen gesprochen und vor einem Schlussstrich gewarnt. Sein Versuch jedoch, anlässlich dieses Jahrestages den Verlauf der deutschen Nachkriegsgeschichte zu skizzieren, ist nicht nur umstritten, sondern fordert Ablehnung heraus.

Obwohl laut Grundgesetz die wichtigste Aufgabe des Bundespräsidenten darin besteht, den Bund völkerrechtlich zu vertreten, enthielt seine Rede als oberster Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland keine völkerrechtlichen Akzente. Das Potsdamer Abkommen vom August 1945, verbindlich auch für Westdeutschland bzw. die BRD, blieb ungenannt, wie auch andere für die deutsche Nachkriegspolitik gültige völkerrechtliche Verträge. Keine Würdigung fanden – abgesehen von einem Satzteil, in dem fünf Namen (Graf Stauffenberg, Julius Leber, Hans und Sophie Scholl sowie Dietrich Bonhoeffer) lediglich genannt werden – die antifaschistische Widerstandsbewegung und deren Todesopfer in Deutschland bzw. in der Emigration. Selbst die Worte FASCHISMUS und ANTIFASCHISMUS, man glaubt es kaum, blieben ausgespart, dafür viele klagende Worte über die deutschen Opfer des Krieges. Die Leistungen der Staaten der Antihitlerkoalition, durch deren Zerschlagung des deutschen Faschismus das Fortbestehen der menschlichen Zivilisation gerettet wurde, blieben stark unterbelichtet, die der Roten Armee, die die Wende des Krieges opferreich erkämpft hatte, nahezu auf Ausschreitungen, insbe-

sondere gegenüber Frauen, und auf Unrecht gegenüber Deutschen reduziert. Die Entwicklung in der BRD wurde von Köhler in höchsten Worten gepriesen, die in der DDR in schwärzesten Farben gezeichnet. Es war die Rede eines Mannes, der sich zu den Siegern der Geschichte zählt, eine Rede aus den Zeiten und im Geiste des Kalten Krieges gegen die DDR. Sie war daher im Stile des Alleinvertretungsanspruchs der BRD und des Anspruchs auf das Deutungsmonopol über die Nachkriegsgeschichte Deutschlands ver-

ten auf soziale Gerechtigkeit, und sie halten zusammen, wenn es darauf ankommt.“ Derartige nationale Töne, getreu dem „Lied der Deutschen“, durchziehen seine Rede und geben Anlass, ernsthaft nach den ideologischen und politischen Motiven zu fragen.

„Die Deutschen haben damals vieles miteinander beschwiegen“, sagte Köhler. Die Deutschen generell? Nein, die antifaschistischen Deutschen nicht, denn für sie galt der Schwur der Häftlinge von Buchenwald. Doch Köhler beschwieg

Köhlers Rede „Begabung zu Freiheit“ vom Geist des Kalten Krieges geprägt

fasst. Somit enthielt sie auch kein einziges Wort zur Spaltung Deutschlands, die mit dem Namen Konrad Adenauer für immer verbunden bleiben wird. Seine politische Strategie lautete; „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“ Von ihm jedoch sagte Köhler, er habe durch „Klugheit und Führungsstärke“ beeindruckt.

Während Köhler im Bundestag sprach hatten sich unweit nahezu 4000 Rechtsextreme zu einem beabsichtigten Marsch durch die Mitte Berlins versammelt. Eigentlich nichts Neues, denn seit Jahren marschieren in Deutschland Woche für Woche „Kameradschaften“ auf, die auf vielfältige Weise faschistisches Gedankengut willensstark propagieren und als Feinde der Demokratie die BRD abwickeln wollen. Auch hierzu schwieg Köhler, denn seine drei Zeilen dazu sind nichtssagend.

Köhler meint – welch ein Hohn angesichts der herrschenden sozialen Ungerechtigkeit –: „Deutschlands Bürger ach-

wieder einmal mehr, wenn es um die historische Wahrheit, um 60 Jahre deutsche Nachkriegsgeschichte geht. Mehr noch: Indem Köhler nicht nur reale Geschichtsvorgänge verschweigt, sondern eine Reihe bedeutsamer Geschichtsabläufe regelrecht auf den Kopf stellt, bedient er Strategien und Motive einer Gedenkkultur um den Tag der Befreiung, die in die Zeiten des Kalten Krieges zurückfällt. Ein Leser schrieb hierzu in einer überregionalen Tageszeitung: „In einem Atemzug, ohne jegliche Differenzierung, setzt er de facto die Naziherrschaft und die SED gleich. So werde ich, der ich mich in der DDR ehrlichen Herzens für eine Alternative zur Nazibarbarei und den Kapitalgebern engagiert habe, auf eine Stufe mit Völkermördern und Rassisten gestellt. Das ist infam und beleidigt mich. Ganz abgesehen davon, dass der Faschismus durch solch eine Gleichsetzung nur verharmlost wird.“

Doch zurück zum Ausgangspunkt, die LVZ. Sie meinte in ihrem Leitartikel vom

9. Mai, dass es „Unsinn“ sei, „wenn Innenminister Otto Schily die NPD als Schande bezeichnet, die verboten gehört“. Maja Zehrt, Autorin dieses Artikels, vertritt in Berufung darauf, dass fast jeder zehnte Sachse die NPD gewählt habe, die Auffassung, dass sie deshalb nicht mehr verboten werden könne. Dass die NPD, nebenbei gesagt, keine sächsische, sondern eine gesamtdeutsche Partei ist, scheint der Autorin entgangen zu sein. Ebenso schreibt die Autorin (im Bund mit Norbert Klaschka) in einem weiteren Beitrag am 9. Mai zu der stark beachteten Weizsäcker-Rede vor 20 Jahren: „Erstmals hatte sich ein deutsches Staatsoberhaupt unmissverständlich klar zu den Naziverbrechen geäußert und den 8. Mai als einen ‚Tag der Befreiung‘ gewürdigt.“ Welch ein hohes Maß mangelhafter Geschichtskennntnisse! Das erste deutsche Staatsoberhaupt, das den 8. Mai als Tag der Befreiung kennzeichnete, war Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, und nach ihm, lange vor Weizsäcker, Walter Ulbricht, Staatsratsvorsitzender der DDR. Auch wenn Horst Köhler die DDR wie ein Mühlstein im Magen liegt, ihren Bürgern bescheinigt er, „eines der besten Kapitel der deutschen Geschichte geschrieben“ zu haben. Gemeint ist ihr Beitrag zur Wiederherstellung kapitalistischer Macht- und Eigentumsverhältnisse im Zuge des Beitritts der sozialistischen DDR zur kapitalistischen BRD. Doch absolute geschichtliche Bewertungen aus der Sicht des Siegers haben nicht oft ewigen Bestand. Warten wir ab.

Köhler fordert schließlich dazu auf, „gemeinsam die Geschichte und ihre oft bitteren Wahrheiten in den Blick zu nehmen“. Dem sollte man nicht widersprechen, zumal Köhlers Rede vielen „bitteren Wahrheiten“ aus dem Wege geht. Nehmen wir ihn beim Wort, wenn er sagt: „Unsere ganze Geschichte bestimmt die Identität unserer Nation.“

• KURT SCHNEIDER

Nach Jahren der Versprechungen über notwendige Reparaturen an den Häusern, nach all dem Bemühen der Mieter/innen, ihre Wohnungen selbst instand zu halten und je nach Geldbeutel mit einer Dusche, einem Bad im Abstellraum oder sogar einer Heizungsanlage statt des einzigen zumeist überalterten „Berliner Ofens“ auszustatten, und nach dem einjährigen Kampf der Interessengemeinschaft „Krähenhütte“ ist unter dem irreführenden Titel einer „Podiumsdiskussion“ die Katze nun endlich aus dem Sack.

Dem monotonen Wortschwall des Geschäftsführers der LWB Stubbe konnten viele der Anwesenden nicht so recht folgen, die gewohnt sind, dass ihre Fragen kurz und präzise beantwortet werden. Vielleicht wollten sie lange auch nicht glauben, was sich hinter dem endlosen Gerede verbarg. Die Siedlung an der Leinestraße in Dölitz wird von der LWB verkauft, saniert und in Wohneigentum

Die Messen sind gelesen

umgewandelt, ein Verbleib der Altmietler/innen in der Siedlung ist nicht möglich.

Ein Käufer ist allerdings genauso wenig in Sicht wie ein Termin für die Sanierung, die irgendwann mit drei der fast 130 Häuser beginnen soll. Sicher ist nur, dass nach Willen der LWB alle Mieter/innen schnellstmöglich ausziehen müssen.

Den Dialog, den Moderator Wolfram Leuze fortzusetzen wünscht, gibt es überhaupt nicht. Gespräche werden in der nächsten Zeit nur „individuell“, also mit den Einzelnen und nur über das Thema der Umsetzung in Wohnungen außerhalb der Siedlung geführt.

Damit wird eine intakte Gemeinschaft von ca. hundert zum großen Teil alten und sozial schwachen Menschen auseinandergerissen, die auf eben diese nachbarschaftliche Hilfe angewiesen sind. Die Mieter/innen werden vereinzelt. Wer bisher nur mit nachbarschaftlicher Hilfe eigenständig wohnen konnte, wird auf Kosten der Stadt in Alten- und Pflegeheime abgeschoben.

Ganz nebenbei haben wir die bittere Erfahrung machen müssen, dass wir mit unseren Bemühungen, mit vielen Interessierten und Vereinen konzeptionelle Alternativen zu finden, nicht einmal wahrgenommen worden sind. Einer dieser Vereine ist der Jugendhaus e.V., der in der Siedlung ein gut integriertes Wohnprojekt betreibt, oder der Deutsche Familienverein, der schon einige generationsübergreifende Wohnprojekte realisierte.

Stattdessen wurden die anwesenden Mieter/innen mehr oder minder offen bedroht. Wie von Geschäftsführer Stubbe, der schon zu Anfang davon sprach, dass die LWB bisher nur einen einzigen Prozess gegen einen Mieter verloren habe, und von Herrn Leuze, der als Moderator den Leuten lautstark klarmachte, dass ein Mietvertrag kein lebenslanges Wohnrecht bedeute. Dabei vergaß der ehemalige, einst engagierte Leiter der Mieterberatung zu sagen, welchen zeitlichen Schutz Mietverträge genießen, die z. T. schon 50 bis 60 Jahre alt sind.

IG KRÄHENHÜTTE, PETER ORTH/
ILONA WEBER

LWB und ihr Missmanagement

Die Schwächsten sollen es wieder ausbaden

Im Namen der IG Krähenhütte trug Iлона Weber auf der von Bündnis 90/Grüne anberaumten Podiumsdiskussion am 3. Mai nachstehende Erklärung zur Zukunft der Siedlung vor:

Die IG Krähenhütte versteht sich als Zusammenschluss aller Mieter/innen, die unter allen Umständen in ihren Wohnungen bzw. in der Siedlung wohnen bleiben möchten, und dies mit sozial verträglichen Mieten. ... Anlass war ein lapidarer Brief der LWB, in dem uns die Verkaufsbestrebungen unseres Vermieters mitgeteilt wurden. (LN berichtete in Ausgabe 18 '04.)

Laut Aussagen des verantwortlichen

einer Axt. Jeder kennt dieses Zitat von Heinrich Zille, dem Milieumaler der nicht ganz so Reichen und Schönen. Wohnen ist elementares Menschenrecht! Wir, die wir zum großen Teil seit Jahrzehnten hier leben, müssen feststellen, dass die Stadt und ihr Tochterunternehmen weder vor noch nach der Wende ihrer Verpflichtung gegenüber ihren Bürger/innen nachgekommen ist. Vor der Wende haben wir die von ihnen verwalteten Häuser und unsere Wohnungen mit viel Geschick und wenig Geld selbst instand zu halten versucht. Dafür war niemand von Auszug bedroht und die Mieten blieben stabil. Nach der Wende hat uns die umbenannte und neu struktu-



Zum Verkauf freigegeben – jetzt müssen sich nur noch die Mieter zum Auszug bereit finden. Foto: Märker

Mitarbeiters der Abteilung Denkmalschutz, der bei den Vorgesprächen mit einem potentiellen Käufer zugegen war, wurde ein „rigider Umgang mit den Altmietern“ beschlossen, um die Siedlung aus Gründen des höheren Verkaufswertes möglichst mieterfrei übergeben zu können.

Trotz unserer kontinuierlichen Bestrebungen, mit den Entscheidungsträgern der LWB ins Gespräch zu kommen, trotz massiver Öffentlichkeitsarbeit ... ist ein Dialog bis heute nicht zustande gekommen. Vor einer Woche bekamen wir die Einladung zu diesem Treffen.

Nach all unseren Bemühungen, Vorschlägen und konzeptionellen Vorarbeiten hofften wir auf ein konstruktives, wenn auch sehr spätes Gespräch. Stattdessen prangte einen Tag nach dieser Einladung schon ein überdimensionales, von Beton gehaltenes Verkaufsschild der LWB an der Zufahrt zu unserer Siedlung und vorgestern erreichten einen Teil der Mieter Briefe, in denen ihnen der bevorstehende Auszug mitgeteilt wurde.

Eine Podiumsdiskussion ist ein gleichberechtigter Dialog. Da dies nicht der Fall ist und die Veranstaltung nur noch Alibicharakter haben kann, fühle ich mich als Vertreterin unserer Interessengemeinschaft im Podium völlig deplaziert. Trotzdem möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier ein paar Worte an die Geschäftsleitung der LWB und das Mitglied des Ausschusses Herrn Wolfram Leuze zu richten:

Herr Stubbe, sehr geehrter Herr Leuze! Mit einer Wohnung kann man einen Menschen so gut erschlagen wie mit

rierte Gebäudewirtschaft Leipzig von Jahr zu Jahr mit Instandsetzungsankündigungen hingehalten. Und wir haben weiter versucht, unsere Wohnungen wohnlich zu erhalten. Die Mieten allerdings stiegen.

In der Zwischenzeit hat die LWB durch Misswirtschaft und Fehlmanagement Schulden in einer Höhe eingefahren, die Leipzig finanziell sofort handlungsunfähig machen würden, müsste die Tochtergesellschaft dieser Stadt Insolvenz anmelden. Der politische Wille, das zu verhindern, ist löblich, sorgt aber dafür, dass die LWB und ihre Leitungsebene offensichtlich absolute Narrenfreiheit haben.

... Wieder einmal sollen die sozial Schwächeren bis Schwächsten ausbaden, was andernorts verantwortungslos Vielverdiener vermasselt haben. ...

Wir als IG können in dieser Situation unseren Mitgliedern nur empfehlen, im Falle eines nicht mehr zu verhindernden Auszuges die LWB als Vermieter künftig zu meiden. Niemand kann uns garantieren, dass wir nicht morgen in unsanierten Häusern des Unternehmens Wohnungen beziehen, die morgen oder übermorgen auch für besser zahlen könnende Bürger modernisiert werden, und wir so wie eine Viehherde im maroden Bestand der LWB hin und her geschoben werden. Was die gesetzlichen Grundlagen des Mieterschutzes betrifft, sind wir gern bereit, alle Mieter/innen weiterhin zu beraten, und werden, falls gewünscht, auch mit anderen Wohnungsunternehmen in der Nähe Kontakt aufnehmen.



Ein welthistorisches Ereignis hat uns heute Abend im Schauspielhaus zusammengeführt, ein Ereignis, das viele der hier Anwesenden durchaus mit Berechtigung als das wichtigste des

Der 8. Mai und wir

ganzen 20. Jahrhunderts ansehen werden. Der 8. Mai 1945 war, ist und bleibt deshalb ein Datum von welthistorischer Bedeutung, weil mit dem Sieg der Antihitlerkoalition über das bis dahin barbarischste System der Weltgeschichte nicht nur Völkermord, Tyrannei und Ausplünderung der okkupierten Gebiete, sondern die existenzielle Bedrohung eines großen Teils der Menschheit beendet wurden. – Klare, wichtige Worte, die Dr. Volker Külow, Vorsitzender des PDS-Stadtverbandes, an den Beginn seiner Begrüßungsworte für eine aufrüttelnde politisch-kulturelle Festveranstaltung zu Ehren des 8. Mai setzte. Gewerkschaften, Antifaschisten und PDS hatten sie organisiert und damit einen wohlthuenden Gegenpol zu den offiziellen Feierlichkeiten und Reden dieser Tage geschaffen. Die LVZ versuchte zwar, die Lieder und Texte des – im besten Sinne – Agit-Prop-Abends im Schauspielhaus als „Politsüppchen“ zu entwerten, hätte aber bestimmt besser daran getan, bei der Festrede eines Bundespräsidenten Köhler genauer hinzuhören. Da wurde nicht nur ein Politsüppchen gekocht, da war eine kräftige Brühe am Überkochen.

Ganz anders das, was ein Diether Dehm mit dem aktualisierten „Bella Ciao“ oder ein Konstantin Wecker über Ignoranz und Dummheit ans Publikum brachten. Und dass sich Daniela Dahn über den Irrsinn des Krieges und über Pazifismus ausließ, war gewiss auch nicht so verkehrt. Mögen sich auch die in der ersten Reihe sitzenden Generalkonsuln der Russischen Föderation und der USA ein paar aktuelle Gedanken gemacht haben. (LN)



Daniela Dahn

Foto: Märker

DESSAU FEIERTE AM 11. MAI die Schlüsselübergabe für den neuen Sitz des Bundesumweltamtes. In das „ökologische Vorzeigobjekt“ ziehen nunmehr 750 der bundesweit 1300 Amtsmitarbeiter ein, so jedenfalls beschloss es 1992 die Föderalismuskommission des Bundestages. Der Osten sollte schließlich nicht ganz ohne gesamtdeutsche Ämter dastehen. Dieser Neubau und Umzug war „uns“ immerhin 71 Millionen Euro wert – Anlass genug, gar nicht so umweltfreundliche Dinge, die sich nun sozusagen vor der Nase des Umweltministers abspielen, aufzudecken.

LN berichtete in der Jahresendausgabe 2004 ausführlich über den Zustand der Dübener Heide als grüne Lunge unserer Region. Saurer Regen, CO₂-Belastung haben auch in diesem großen sachsen-anhaltischen Landstück jeden vierten Baum stark geschädigt, von den Fichten sind 40 Prozent, von den Eichen gar 50 Prozent stark geschädigt. Vor allem aber die Waldprivatisierung schafft unheilbare Schäden. Heute eine aktuelle Fortsetzung eines traurigen Kapitels gegenwärtiger Politik.

Scheibchenweise Mord an der Dübener Heide

Und Trittins
Umweltbundesamt
sitzt direkt daneben,
in Dessau



Fotos: wart

Schon irre, was Forstwirtschaftsdiplomanden alles erforschen. Zum Beispiel den „Einfluss ausgewählter meteorologischer Faktoren auf die Entwicklung des Massenwechsels freilebender Populationen der Feldmaus (*Microtus arvalis PALLAS*)“ und natürlich auch anderer Mäuse nebst ihren lateinischen Namen. Spannend auch das „Fraßgeschehen der Nonne *Lymantria monacha L.*“ und schon richtig deutlich praxisrelevant das „Regenerationsverhalten von Kiefernbeständen nach Fraßschäden

Von **MAXI WARTELSTEINER**

durch den *Dendrolimus pini*“. Ein angehender Wissenschaftler widmete sich der Rolle der Ameisen im biologischen Waldschutz der Dübener Heide in Abhängigkeit von der veränderten Bodenvegetation. Womit wir unmittelbar zum Thema übergeleitet hätten. Denn veränderte Bodenvegetation gibt es reichlich in der Dübener Heide, der grünen Lunge einer einstmals florierenden Industrieregion, in der trotzdem noch Menschen leben und atmen müssen, täglich, stündlich, jede Sekunde. Warum werden nicht endlich Diplomarbeitsthemen vergeben, die den verwerflichen, ja verbrecherischen Einfluss der menschlichen Profitgier auf Wald und Flur untersuchen?

Wer mit einem engagierten Förster durch die Dübener Heide geht, dem wird das Fürchten vor der Zukunft gelehrt.

Beispiel 1: Auf der B 2 hinter Bad Lausick kündigt sich mit einem Zufahrtswegweiser eine „Kiesgrube“ an. Eine

Mitteldeutsche Baustoffe GmbH fördert hier Sand, Kies und Quarzporphyr. Dafür wurde eine Schneiße in den Wald geschlagen, als sollte hier eine Rollbahn für den Riesenvogel von der Art der Antonows entstehen (siehe Foto oben).

Wer genehmigt so etwas? Der als Aufbauhelfer aus dem Westen eingeflogene Landrat? Wer kontrolliert wenigstens die Wiederaufforstung? Völlig dämliche Frage. Denn das Aufforsten, das muss jeder verstehen, ist viel zu teuer und in dem vorgeschriebenen Zeitraum sowieso nicht zu schaffen; da müsste das Grubengelände abgeschrägt, eine Arbeitsstraße angelegt werden und und und. Der andere gesetzlich mögliche Weg, außerhalb des nunmehrigen Kiesgrubengeländes eine zwei- bis dreimal so große Fläche wiederaufzuforsten, geht auch nicht. Es gibt sie in der Heide nicht. Und wenn es sie gäbe? Nach den Kiesgrubenbetreibern zwar nicht die Sintflut, aber die Verödung und Verwüstung. Was aber wird dann mit dem Treibhausgas, vor allem dem Kohlendioxid? Nur Wald kann es in großem Umfang in lebende Biomasse umwandeln.

Gut, das ist nicht die erste Kiesgrube in der Heide. Aber zu DDR-Zeiten war das von der BRD nur zu gerne übernommene moderate Bergbaurecht insofern zu ertragen, als in und an der Heide jährlich 350 Hektar Fläche aufgeforstet wurden. Heute sucht man solche Aktivitäten vergeblich. Was auch das Fürchten-Lern-**Beispiel Nr. 2** bestätigt: Es entwickelte sich noch näher am neuen Umweltbundesamt, gerade einmal sechs Kilometer von Dessau entfernt auf zwei Millionen Quadratmetern ehemaligem Heidewald (Foto

unten links), nämlich der Industriepark DESSORA. Im riesigen Gelände zwischen großspuriger nach Einstein oder Gropius benannten Straßen verlieren sich ein Backwaren- und ein Feinkostbetrieb, etwas, das aussieht wie eine Pornofilm-bude, eine Maschinenbau- und Montage-GmbH und sinnigerweise auch ein Unternehmen für Umwelttechnologie. Der Park wirbt mit seiner günstigen Verkehrsanbindung. Nun ja. Wenn man von der Autobahn durch die Heide fährt, ist es nicht allzuweit. Aber wozu? Wo doch direkt bei Dessau und direkt an der Autobahn bereits ein vollerschlossenes und nicht gerade unterdimensioniertes Gewerbegebiet liegt. Dafür also wieder 200 Hektar vernichteter Wald, noch mehr LKW auf Straßen statt Gütertransport auf Schienen. Aber das wäre schon wieder ein eigenes Thema – wie auch der zunehmende Lasterverkehr durch die Maut-Flüchter. Oder Tempo 100.

Auch bei DESSORA ist die Frage nach Aufforstung wohl überflüssig, es hüllt sich ja sogar Dienstherr Trittin zur Entwicklung vor seiner Haustüre in Schweigen. Da ziehen sich nicht nur Mäuse und Ameisen zurück, da wird vor allem für die Menschen die Luft zum Atmen immer dünner. Was nützt beim eindeutigen Primat unternehmerischer Interessen gegenüber denen der Politik das Gesetzpaket der Bundesregierung zur Verbesserung des Waldbestandes? Was nützen Klimaprotokolle und nationale Vorschriften für Wärmeisolierungen und Grenzwerte für Heizungen, was nutzen schadstoffarme Autos, wenn keine Bäume mehr da sind, die den lebensnotwendigen Sauerstoff produzieren, wenn das Waldökosystem zerstört wird?

Förster wissen es schon lange: Wo der Wald weicht, weicht das Leben. Apropos Förster und Waldarbeiter. Das wäre das Grusel-**Beispiel Nr. 3:** Zu DDR-Zeiten gab es in der Dübener Heide 41 Revierförster, derzeit sind es in diesen 41 000 Hektar Wald gerade noch 10. Allein im Bezirk Halle waren 4000 Forstarbeiter beschäftigt, gegenwärtig geht der Streit darum, die in ganz Sachsen-Anhalt verbliebenen 1200 Forstarbeiter auf 200 zu reduzieren. Nimmt man den aktuellen Waldschadensbericht und die sich daraus ergebenden Aufgaben, heißt die Schlussfolgerung: Auch an der Stellung zum Wald erkennt man den Charakter eines Staates. Ekennt man, wie unernst die Sonntagsreden von der Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder zu nehmen sind.

200 Forstarbeiter sind das eine. Private Waldbesitzer das andere. Also: **Beispiel Nr. 4** – belegt durch das Foto unten Mitte. Es zeigt einen der vielen Dutzend Kahl-schläge. Er ist jetzt drei Jahre alt. Spätestens vor einem Jahr hätte hier aufgeforstet sein müssen. Aber wer soll dafür verantwortlich gemacht werden? Der ursprüngliche Besitzer hat den Wald innerhalb der Familie einem anderen Besitzer überschrieben, der dann wieder einem anderen Familienmitglied. Der Verursacher ist nicht mehr zu greifen. Sein Geld hat er sicher auf dem Konto. Die stehengebliebenen Bäumchen trotzten kaum einen richtigen Sturm. Ungepflegte Wälder ziehen Schädlinge an ... Und Leute, die ihn, schlimm wie er eh schon aussieht, auch noch zur Müllgrube machen. Wenn nicht ab und an freiwillige Forsthelfer den Unrat containerweise aufsammeln würden (Foto rechts unten).





Biedenkopf, Milbradt und die LB

Zum jetzt bekannt gewordenen Brief von Alt-Ministerpräsident Biedenkopf an Regierungschef Milbradt zur Krise der Sächsischen Landesbank erklärt Sebastian Scheel, Leiter des Untersuchungsausschusses der PDS-Fraktion:

„Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, dass Herr Biedenkopf in der Landesbank-Affäre von einem Aufklärungseifer getrieben wird, den er in der Paunsdorf-, Schevenstraße- und ‚Sachsen für Sachsen‘-Affäre gänzlich vermissen ließ. Wir werden daher Herrn Biedenkopf zum frühestmöglichen Zeitpunkt als Zeugen einladen. Wir werden uns allerdings nicht von Herrn Biedenkopfs Interessen leiten lassen, die im vorliegenden Fall womöglich familiär geprägt und auch vom Drang nach Begleichung persönlicher politischer Rechnungen bestimmt sind.“

Fakt ist: Als die Landesbank im Herbst 2001 einen fatalen geschäftspolitischen Strategiewechsel auf Kosten der Mittelstandsförderung und zu Gunsten des Wertpapiergeschäftes vornahm, war Herr Biedenkopf noch Ministerpräsident – und Herr Milbradt nicht mehr Finanzminister. Auch Biedenkopf hat also höchstpersönlich eine Aktie an der politischen Verantwortung für die Landesbank, die er jetzt einseitig seinem Nachfolger in die Schuhe schiebt.“

Zwiespältiger 8. Mai in Sachsen

Offizielles Gedenken ignoriert Befreiung vom Faschismus

LN. Während die PDS-Fraktion des Sächsischen Landtags und ihre Gäste vor dem 8. Mai in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein an die Befreiung vom Faschismus vor 60 Jahren erinnerte – Hauptredner war Prof. Dr. Heinrich Fink, Vorsitzender der VVN-BdA –, übte sich Landtagspräsident Iltgen (CDU) in politischer Neutralität. Ungeachtet seiner Zusage im Landtagspräsidium, den 8. Mai entsprechend den Forderungen von PDS und SPD vor allem als Tag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Faschismus zu würdigen, beschränkte sich schon die verkündete Tagesordnung der vorgesehenen Feierstunde einseitig auf das Kriegsende.

Dementsprechend konzentrierte sich Ministerpräsident Milbradt in seiner Rede auf die Formel

Der Ort, an dem die Gedenkfeier der PDS stattfand:

In der nationalsozialistischen Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein wurden in den Jahren 1940 und 1941 etwa 15 000 Menschen umgebracht. Es waren vorwiegend psychisch Kranke und geistig Behinderte, am Ende auch jüdische, polnische und deutsche Häftlinge aus Konzentrationslagern. Diese Vernichtungsanstalt ist einer der schlimmsten Orte faschistischer Verbrechen in Sachsen. Sie diente der Vorbereitung des Holocaust. Von hier ging das industrielle Morden aus, hier wurde es perfektioniert.

„Einheit von Erlösung und Niederlage“, die von den heutigen geistigen Nachfolgern der Nationalsozialisten geleugnet werde. Hauptakzente seiner Rede setzte er mit der Behauptung, dass es 1945 nur im Westen Deutschlands volle Freiheit gegeben habe, im Osten erst 1989, und dass es eine Parallele zwischen dem Ende des deutschen Faschismus und dem Ende der DDR gebe. Der 8. Mai sei in der

DDR erst 1989 vollendet worden.

Die PDS hatte angesichts der anderslautenden Zusicherungen Iltgens auf einen eigenen Redebeitrag verzichtet.

Die NPD-Landtagsabgeordneten waren der Veranstaltung ferngeblieben, weil es unangebracht sei, die Niederlage Deutschlands zu feiern. Stattdessen nahmen sie in Berlin am Aufmarsch der NPD-Jugend teil.

Lehrer-Streik gegen Bildungsmisere

LN. Kultusminister Flath beharrt auf umfangreichen Schulschließungen und einem massiven Personalabbau an den Schulen in den nächsten Jahren. Durch sein hartnäckiges Ignorieren begründeter Forderungen und Vorschläge der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wie auch des Sächsischen Lehrerverbandes, der Landkreise, der Kommunen sowie einer breiten Öffentlichkeit sind die seit Wochen geführten Verhandlungen offensichtlich in eine Sackgasse geraten. Auch die Stadt Leipzig hatte gegen die Schließung von sieben der 16 bedrohten Schulen Einspruch eingelegt. Proteste kamen auch aus dem Kreisen Leipziger Land, Geithain und Döbeln.

In der fünften Verhandlungsrunde mit den Gewerkschaftsvertretern legten Kultus- und Finanzministerium einen Ent-

wurf für Mittelschulen und Gymnasien vor, nach dem die meisten Gymnasiallehrer im kommenden Schuljahr nur noch zu 72,8 Prozent arbeiten sollen und ab dem Sommer nächsten Jahres nur noch 62 Prozent, die Mittelschullehrer nur noch zu 71,2 bzw. 63,5 Prozent. Darauf beschlossen die Tarifkommissionen der Lehrervertretungen, unverzüglich Warnstreiks vorzubereiten. Die GEW-Vorsitzende Sabine Gerold sieht die untere Grenze bei 80 Prozent. Die Verhandlungen zwischen Landesregierung und Lehrervertretern sollen am 17. Mai fortgesetzt werden. Zeitgleich werden an einzelnen Orten die ersten Warnstreiks von Lehrern stattfinden.

Ungeachtet dessen will Kultusminister Flath in den nächsten Tagen mit Landräten und Oberbürgermeistern Vier-Augen-

Gespräche führen, um Einzelfälle zu klären mit dem Ziel, bis zum 27. Mai die Liste der zu schließenden Schulen unter Dach und Fach zu haben.

Inzwischen hat eine Anfrage der PDS-Fraktion im Landtag die Misere in der Entwicklung der sächsischen Schullandschaft noch einmal deutlich gemacht. Aufstellungen aus dem Kultusministerium besagen, dass beispielsweise im Kreis Döbeln die durchschnittlichen Länge der Schulwege von 8,5 auf 11,7 Kilometer angestiegen ist. Die Busse sind 26 bis 52 Kilometer unterwegs. Im Kreis Meißen haben Mittelschüler einen Schulweg von 35 bis 40 Minuten.

Einem Ministeriumssprecher fiel zu derartigen Fakten nichts Besseres ein, als darauf zu verweisen, dass in anderen östlichen Bundesländern die Lage teilweise noch schlimmer sei.

Überrumpelnde Castortransporte

LN. Die Sächsische Regierung plant offenbar, die seit Jahren heftig umstrittenen Castortransporte von Rossendorf ins Zwischenlager Ahaus (Nordrhein-Westfalen) in den nächsten Wochen durchzuführen. Das geht aus der Antwort von Umweltminister Tillich auf eine Kleine Anfrage von MdL André Hahn (PDS) hervor. Darin heißt es:

„Die Staatsregierung geht davon aus, dass die Transporte noch im ersten Halbjahr 2005 stattfinden werden.“ Es seien maximal 18 Einzeltransporte genehmigt, die technischen Möglichkeiten würden jedoch eine Bündelung von maximal sechs Castoren in einem Transport gestatten, so dass im günstigsten Fall drei Fahrten stattfinden. Die endgültige Fahrtrouten stehe noch nicht fest, jedoch sollen die Transporte auf der Straße und besonders über das Autobahnnetz erfolgen. Aus Sicht der Regierung gebe es weder rechtliche noch organisatorische Hindernisse. Die Öffentlichkeit würde regelmäßig über die geplanten Transporte informiert werden. Letztere Aussage, so Hahn, sei höchst unglaubwürdig, denn ohne seine parlamentarische Anfrage wären die vorliegenden Informationen jetzt überhaupt nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Die Regierung habe offenbar eine Überrumpelungstaktik geplant, um die Vorbereitungszeit für die absehbaren und berechtigten Protestaktionen drastisch zu verkürzen. Die PDS-Fraktion bekräftigte ihre Position, dass die geplanten Castortransporte nicht nur unnötig, sondern auch ökologisch und finanziell unverantwortbar sind. Die abgebrannten Brennstäbe aus dem ehemaligen Forschungsreaktor sollten bis zur endgültigen Entscheidung über ein atomares Endlager in Rossendorf verbleiben, wo sie sicher gelagert werden können.

3. Mai

Dresden. Laut Finanzministerium hat Sachsen im Jahr 2004 neun Millionen mehr Schulden gemacht als geplant.

5. Mai

Dresden. Am Himmelfahrtstag führen Krawalle von etwa 1000 Jugendlichen, die mit einer Schlägerei am Elbufer begannen, zu schweren Verwüstungen mit einem Sachschaden von 50 000 Euro. Mehr als 90 Personen werden verletzt, darunter 41 Polizisten.

6. Mai

Leipzig. Nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens für den ersten Abschnitt kann die Autobahn 14 zwischen Schkeuditzer Kreuz und Anschlussstelle Halle-Peißen 6-spurig ausgebaut werden.

Dresden. Die wegen strittiger Aktualisierungen verbotene Inszenierung von Hauptmanns „Webern“ am Staatstheater Dresden darf laut Zwischenbericht der Berufungsinstanz bei Streichung von zwei Textstellen wieder aufgeführt werden.

9. Mai

Dresden. Die Deutsche Angestellten-

SACHSEN-CHRONIK

3. bis 16. Mai

Krankenkasse registriert in ihrem Gesundheitsreport 2004 für Sachsen mit 3,6 Prozent den seit 1998 niedrigsten Krankenstand. 2003 betrug er noch 4 Prozent. Ursache sei einerseits eine wirksamere Prävention, andererseits der Verzicht vieler Erkrankter auf Arztbesuche wegen der Praxisgebühr.

Chemnitz. Die Regionaldirektion Sachsen der Arbeitsagentur teilt mit, dass derzeit landesweit 12 480 Berufsausbildungsplätze für Schulabgänger zu Verfügung stehen. Das sind über 1000 weniger als im vergangenen Jahr.

10. Mai

Leipzig. Nach der Vorlage eines unzumutbaren Arbeitgeberangebots für die Teilzeitarbeit von Lehrern will die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,

erste Warnstreiks organisieren (s. o.).

Leipzig. Ein von Sozialministerin Orosz vorgelegter Leitfadens für die Bildungsarbeit von Kindertagesstätten, dem Kritiker zu viel DDR-Nähe vorwerfen, stößt auf Ablehnung in der Regierungskoalition.

11. Mai

Dresden. Wie jetzt bekannt wird, schrieb Sachsens früherer Ministerpräsident Biedenkopf seinem Nachfolger Milbradt die persönliche Verantwortung für die Affären um die Sächsische Landesbank zu und legte ihm den Rücktritt nahe (s. o.).

Dresden. Das Agrarministerium erklärt seine Absicht, das Forstwesen zu reformieren. An die Stelle der 47 Forstämter sollen 15 Forstbezirke treten. Ziel sei die Förderung der unternehmerischen Selbstständigkeit im Forstwesen. Die staatli-

chen Zuschüsse sinken von gegenwärtig jährlich 66 auf unter 60 Millionen Euro.

13. Mai

Leipzig. Das neu erbaute BMW-Werk wird in Anwesenheit von Bundeskanzler Schröder feierlich eröffnet. Entgegen den angekündigten 5500 Arbeitsplätzen sind zur Zeit in der seit März laufenden Produktion 2500 Beschäftigte tätig, davon lediglich 500 ehemalige Arbeitslose.

Dresden. Nach den jüngsten Steuer-schätzungen muss Sachsen seine Einnahmeerwartungen bis 2008 um zwei Milliarden Euro reduzieren.

13.-16. Mai

Leipzig. Am 14. Wave-Gotic-Treffen nehmen über 20 000 Anhänger der schwarzen Szene aus aller Welt teil.

15. Mai

Dresden. Die SPD will in Sachsen weniger Schulen schließen, als das Schulkonzept von Kultusminister Flath vorsieht. Die sinkende Schülerzahl dürfe nicht als Argument für Einsparungen dienen, äußert der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Martin Dulig.

PROF. DR. GERHARD MÜLLER aus Taucha veröffentlichte 2003 im „Tauchaer Verlag“ das stark beachtete Buch „Taucha während der Weimarer Republik 1918–1933“. Sein Vorhaben, einen weiteren Band mit dem Titel „Taucha im Faschismus 1933–1945“ zu erarbeiten, blieb unvollendet. Gerhard Müller verstarb am 12. August 2004. Mit der freundlichen Zustimmung seiner Frau, Prof. Dr. Eva Müller, veröffentlicht LN die bis zu seinem Tode erarbeiteten Manuskriptteile. Die ersten Teile erschienen in LN 7 bis 9/05. Nachstehend der vierte Teil.

Die in der zweiten Hälfte der 30er Jahre deutlich wachsende Akzeptanz der Nazi-herrschaft in Taucha war nicht nur Ergebnis der faschistischen Propaganda und positiver Wirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs – nicht zuletzt durch den Aufbau von Rüstungsbetrieben gerade in unserer Stadt –, sondern auch Ergebnis der scheinbaren oder tatsächlichen Siege Hitlers im internationalen Rahmen. Voraussetzung war auch hier die Ausschaltung aller Antifaschisten aus dem öffentlichen Leben, die Verfolgung aller Andersdenkenden und die Isolierung aller oppositionellen Kräfte in Zuchthäusern, Gefängnissen, Schutzhaft- und Konzentrationslagern. Dadurch gab es auch kaum Gegenwehr gegen die nazistische Ideologie. Der Bevölkerung wurde immer wieder deutlich gemacht, dass das faschistische System keinen Widerstand und Widerspruch duldete. Ortsgruppenleiter Stärk formulierte das in einer NSDAP-Versammlung im Schützenhaus noch relativ moderat: „Widerstände der Meckerer und Stammtischpolitiker werden wir brechen und haben sie schon gebrochen“. Die Verbreitung von Angst und Schrecken durch den faschistischen Terrorapparat blieb in allen 12 Jahren ein wichtiges Element in der Machtausübung der Nazis.

Am Beispiel Taucha: Wachsende Akzeptanz der Nazi-herrschaft bis 1939

Damit im Zusammenhang erzog die NS-Führerschaft die Tauchaer zu befehlsgehorsamen Menschen und zu unbedingter Disziplin. Auch auf dieser Basis gewann die faschistische Ideologie bei der Mehrheit der Tauchaer an Gewicht. Dies zeigte sich optisch an der Teilnahme von Tausenden Bürgern an den Demonstrationen, an der Ausgestaltung der Stadt bei Festen und Feiern bis ins kleinste Haus und der Uniformierung der Tauchaer Gesellschaft. Bis zu Kriegsbeginn nahm die Zahl der NSDAP-Mitglieder und der Mitglieder ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände deutlich zu. So wurden z. B. alle Tauchaer Lehrer Mitglieder der Nazipartei, darunter auch ehemals profilierte Sozialdemokraten wie Rudolf Schilbach. Viele Politiker aus dem bürgerlichen Spektrum hatten sich bereits 1933 nach dem Aufruf des Bürgerbundes der NSDAP angeschlossen. Als Beispiel sei hier der Schneidermeister Franz-Bernhard Wolf genannt, 1926–1933 Stadtverordneter der bürgerlichen Fraktion, der nach 1933 „einer der begeistertsten Anhänger Hitler wurde“ (Anzeiger für Taucha und Umgebung – ATU – vom 21. März 1935).

Die Tauchaer Parteiorganisation der KPD war durch die Verfolgung und Verhaftung vieler Funktionäre und aktiven Mitglieder dezimiert. Trotzdem arbeitete die Parteiorganisation illegal weiter, und auch nach dem Hochverratsprozess 1935 vor dem Oberlandesgericht Dresden, wo 20 Tauchaer Kommunisten zu Zuchthaus und Gefängnis verurteilt wurden, blieb die Parteiorganisation aktiv. Überläufer

von Kommunisten zu den Nazis sind aus Taucha nicht bekannt. Trotzdem blieben die Erfolge der Nazis und ihre wachsende Akzeptanz unter der Bevölkerung sicher nicht ohne Einfluss auch bei den KPD-Mitgliedern. Als Beispiel dafür kann gelten, dass der agile Vorsitzende der KPD-Ortsgruppe, Albert Creutz, der noch Anfang 1933 den Nazis bei Versammlungen und auch im Stadtverordnetenrat in aggressiver Weise entgegengetreten war, sich Mitte der 30er Jahre freiwillig zur Wehrmacht meldete. Er hat den ganzen Krieg mitgemacht und ist 1945 in französischer Gefangenschaft durch einen Badeunfall ums Leben gekommen. Seine Mitstreiter haben das freiwillige Engagement von Albert Creutz in der Wehrmacht nie recht verstanden. Von den Tauchaer Kleinunternehmern wurde erwartet, dass sie in Naziorganisationen mitwirkten. So legte der Bürgermeister fest, dass Aufträge der Stadt, der Stadtbank, Schulen und aller anderen öffentlichen Einrichtungen nur noch an solche Unternehmer vergeben wurden, die Mitglieder der DAF und NSV waren. Zur wachsenden Akzeptanz der Nazis in Taucha trug auch die verbesserte soziale Lage vieler Bürger in den Jahren 1935–1938 bei (Verminderung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit, steigende Einkommen in den Rüstungsbetrieben, Bau neuer und für die damalige Zeit attraktiver Wohnviertel), was als Ergebnis der faschistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgegeben wurde.

Die olympischen Spiele 1936 in Berlin und Garmisch-Partenkirchen und der

eindeutige Sieg der deutschen Sportler, die unter den Nazisymbolen antraten, war auch ein Propagandaerfolg der Nazis. Auch die internationale Anerkennung, die die solide Vorbereitung und Durchführung der Spiele und die großartigen Eröffnungs- und Abschlussveranstaltungen erhielten, machten die Tauchaer stolz auf das „neue Deutschland“. Der ATU informierte über die Einschätzung in der USA-Presse, die diese Ergebnisse als „überwältigenden Ausdruck des neuen Deutschlands Hitlers“ charakterisierte.

Die Schaffung Großdeutschlands durch den Anschluss Österreichs und die Besetzung des Sudetenlandes und damit eine Vergrößerung und ökonomische Stärkung Deutschlands sowie eine Vielzahl kleinerer außenpolitischer Erfolge der Naziregierung führte bei den Tauchaern zu dem Schluss, dass Hitler alle seine außenpolitischen Ziele erreichen kann, ohne Krieg führen zu müssen. Insofern ging das Konzept der Darstellung des Nazireiches als eines friedliebenden und friedenswilligen Systems zumindest zeitweilig auf. Bürgermeister Uhlemann sprach bei der Entlassung des ersten Jahrgangs der Mittelschule am 14. März 1940 von einem „Wunder des Dritten Reiches“ und betonte gleichzeitig, dass Nazideutschland auch „den Krieg aller Zeiten“ führen könnte. Taucha, das zehn Jahre zuvor als marxistische Hochburg galt, war nach seinen Worten „zu einer nationalsozialistisch ausgerichteten Stadt“ geworden.

Hier enden die Aufzeichnungen Gerhard Müllers. Er plante darzustellen, wie sich das Leben in Taucha unter der Nazi-herrschaft in den Jahren des Zweiten Weltkrieges bis hin zur Befreiung vom Faschismus im Frühjahr 1945 gestaltete, welche Opfer es gab, in welchem Maße sich Widerstand regte und wie sich die Stimmung der Bevölkerung entwickelte.

Die Red.

Um es vorwegzunehmen – die Haltung der Mehrheit der knapp 100 Zuhörer zum Verfassungsentwurf, die in zahlreichen Fragen und Wortmeldungen während der Veranstaltung zum Ausdruck kam, war eher skeptisch.

Bemängelt wurden insbesondere zu wenig sichtbare Fortschritte für die Menschen, das Fehlen von eindeutigen Formulierungen zum Recht auf Arbeit, zur Forderung auf unentgeltlichen Zugang zu den Schulen und zur gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen für den sozialen Fortschritt. Die sogenannte Grundrechte-Charta wäre lediglich ein schönes Schaufenster ohne Substanz, die UNO-Charta würde in einer ganzen Reihe von Formulierungen weiter gehen. Ein Besucher kritisierte scharf, dass im Gegensatz dazu das „Recht auf unternehmerische Freiheit“ als Grundrecht geschützt und durch die Unterstützung einer unbegrenzten Entwicklung von kapitalistischer Markt- und Wettbewerbswirtschaft gefördert wird.

Vielleicht war es ein Fehler des im übrigen gut vorbereiteten Moderators Gerald Häfner von „Mehr Demokratie“, den drei anwesenden Europa-Abgeordneten Dr. Yvonne Kaufmann (PDS), Gisela Kallenbach (Bündnis 90/Grüne) und Holger Krahrmer (FDP) zu Beginn der Debatte die doch etwas allgemeine Frage zu stellen, ob die EU-Verfassung ein Schritt zu mehr Demokratie sei, denn alle drei Parlamentarier hatten dem Entwurf in Straßburg zugestimmt und ihre bejahende Antwort stand deshalb von vornherein außer Zweifel. Frau Kaufmann verwies generell auf die Grundrechte-Charta als Fortschritt und zitierte als Beispiel die Festlegung, dass man mit einer Million gesammelter Unterschriften eine Gesetzesinitiative durch die Europäische Kommission bewirken könne. Frau Kallenbach lobte den Entwurf aufgrund der Tatsache, dass sich alle Mitgliedsstaaten auf einen gemeinsamen Text geeinigt hätten, als erstaunliches Dokument und epochalen Schritt für Europa. Herr

Würden die Deutschen bei einem Referendum der EU-Verfassung zustimmen?

Diese Frage stand unausgesprochen am 2. Mai 2005 über der von Attac und „Mehr Demokratie e. V.“ Leipzig organisierten Podiumsdiskussion „Wie demokratisch wird Europa?“ in der Aula der Alten Nikolaischule

Krahrmer meinte, es sei kein großer Wurf, aber ein Scheitern würde den Nationalismus beleben. Stephan Lindner, Mitglied der Europa-Gruppe bei Attac Deutschland, war dann auch der Einzige auf dem Podium, der wesentliche kritische Akzente setzte. Nach seiner Ansicht wird durch die EU-Verfassung weder die bisher bestehende Macht der EU-Kommission (Exekutive) gebrochen noch die Stellung des Europäischen Parlamentes gestärkt. Die Verfassung bedeute also weniger Demokratie. Außerdem habe der Umgang mit den Kriterien des Stabilitätspaktes von Maastrich (Neuverschuldung höchstens drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Mitgliedsstaaten) in den letzten Wochen gezeigt, wie es in der Praxis läuft. Griechenland gebrauche Tricks und Deutschland spiele seine wirtschaftliche Macht aus. Auch werde die soziale Säule völlig vernachlässigt. Zum Beispiel fehlten gesamteuropäische Mindeststan-

dards für Löhne, Steuern und Sozialleistungen.

Den Vertragsentwurf der EU-Verfassung, ein Wälzer von fast 500 Seiten, kann man inzwischen problemlos erwerben. Man sollte sich beim Lesen auch nicht von der Einschätzung von Dr. Rosemarie Will, Professorin für Öffentliches Recht an der Humboldt-Universität Berlin, abschrecken lassen, die einen gut sortierten, leider allerdings auch urteilsfreien Einführungsvortrag hielt und das Vertragswerk als „kein allgemein verständliches Dokument“ einschätzte. Wer aufmerksam liest, findet auch die wesentlichen umstrittenen Passagen, die Richtung und Charakter dieser Verfassung mitbestimmen, wie die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur militärischen Aufrüstung und die Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft zugunsten einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“. Es wird sichtbar, was sich seit Gründung der EG wie ein roter Faden durch die Geschichte der Gemeinschaft zieht, die vorrangige Gewährleistung und Absicherung von freien Entwicklungsmöglichkeiten für das Kapital.

Im Gegensatz zu Frankreich und anderen EU-Ländern wird es in Deutschland keine Volksabstimmung zur EU-Verfassung geben. Über diese entscheiden Bundestag und Bundesrat, und unabhängig von den erlebten wahltaktischen Politikgeplänkel zwischen Regierungskoalition und Opposition hat der Bundestag bereits am 12. Mai mit großer Mehrheit zugestimmt. Auch die Absegnung durch den Bundesrat am 27. Mai ist so sicher wie das sprichwörtliche Amen in der Kirche.

In der Öffentlichkeit sind Interesse und Kritik an der EU-Verfassung gewachsen. Ob es im Falle eines Referendums aber zur Ablehnung käme, ist zu bezweifeln. In der Regel folgen bei Referenden die Wähler den Vorgaben ihrer Parteien. In der PDS zeigt die kontroverse Diskussion über den Beschluss zur Ablehnung und die Zustimmung durch einige Entscheidungsträger, unter welchem Druck die Partei steht. • **MANFRED BOLS**

8. Mai – Tag der Befreiung! So denken und fühlen Millionen in unserem Lande, die mit Naziaktivisten, Durchhaltekommandeuren der Hitlerwehrmacht, Richtern aus der Zeit des Faschismus und all deren Nachkommen bis hin zur NPD nichts gemein haben. Für Altnazis und nicht nur für sie ist der 8. Mai lediglich „Kriegsende“ und „Niederlage“. Doch was sich vor 60 Jahren geschichtlich zuge tragen hat, lässt sich nicht verbiegen. Im Folgenden soll die Rede sein von einem legendären Bornaer antifaschistischen Widerstandskämpfer, dem Buchenwaldhäftling Walter Eberhardt.

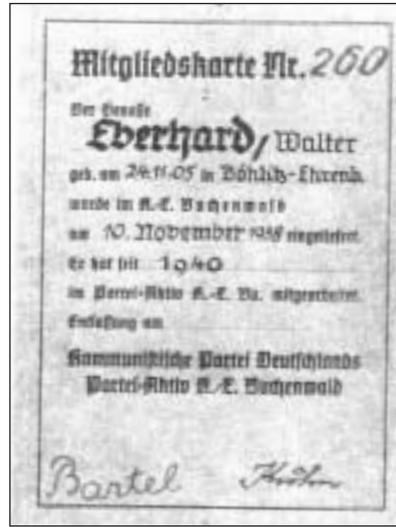
Sein Lebensbild in Kurzform skizziert: Sohn einer Arbeiterfamilie; aufgewachsen in Blumroda bei Borna; erlernte das Schlosserhandwerk; wurde 1921 Mitglied der sozialistischen Arbeiterjugend und des Arbeiter-Turn- und-Sportvereins; aktiv dann im Roten Frontkämpferbund und in der Roten Hilfe; trat 1925 der KPD bei; von Steigbügelhaltern des Faschismus im Jahr 1931 wegen „Landfriedensbruch“ 10 Jahre in Bautzen eingekerkert; später durch die Gestapo verbracht ins Gefängnis Waldheim, in die Sümpfe des Emsländer Moores und seit 1938 als Häftling Nr. 1636 in das KZ Buchenwald; ist dort jahrelang als Heizer der Häftlingsheizung und seit November 1943 als Blockältester von 500 sowjetischen Häftlingen beordert. In beiden letztgenannten Funktionen hat Walter Eberhardt unzähligen sowjetischen Gefangenen das Leben gerettet.

Was sich im Einzelnen bis zur Selbstbefreiung unter Leitung des Internationalen Lagerkomitees zugetragen hat, davon zeugen zahlreiche Dokumente, Briefe sowjetischer Freunde an Walter Eberhardt und ein in der Sowjetunion erschienenes Buch „Buchenwälder Sturmgeleit“, dessen Autor, Oberstleutnant Iwan Iwanowitsch Smirnow, als Leiter des russischen Buchenwaldkomitees mit Walter Eberhardt Rettungsaktionen gemeinsam inspierte. Dieses Buch wider das Vergessen wurde auf Initiative des vormaligen Bornaer Russischlehrers Peter Scheer mit Hilfe von Schülern der 12. Klasse der EOS Borna ins Deutsche übersetzt. Nachfolgend einige Auszüge aus dem Buch von Smirnow, in dem die illegale Tätigkeit von Walter Eberhardt gewürdigt wird:

„Am Ende des Tisches nahm einer Platz. Er hatte ein ausgemergeltes Gesicht und lebhaft, stechende Augen, die jeden durchdringen. Ich merkte, wie er mich beobachtete... Wieder kam der Stubendienst Ljonka. Er rückte sich zu mir und deutete mit dem Kopf zu einem Mann in der Ecke: ‚Das ist unser Blockältester. Er bittet, Ihnen dieses Geld zu übergeben.‘ Ljonka gibt mir einige zusammengeknüllte deutsche Geldscheine. ‚Was willst du?‘, sage ich. ‚Was soll ich mit dem Geld?‘ ‚Hier im Lager gibt es eine Kantine. Dort kann man Suppe kaufen und manchmal Tabak.‘ Ich bestehe darauf:



Walter Eberhardt, geboren am 24. November 1905 in Böhlitz-Ehrenberg, verstorben am 10. Mai 1973



Mitgliedskarte des Parteiaktivs der KPD im KZ Buchenwald, unterschrieben von Walter Bartel



Wiedersehen nach 22 Jahren in Kiew: die Buchenwaldhäftlinge Walter Eberhardt und Jakow Tadeusch

Soldaten hinterm Stacheldraht

Denkwürdiges um den Bornaer Widerstandskämpfer und Buchenwaldhäftling Walter Eberhardt

„Ich nehme es nicht. Gib das Geld zurück! Wofür dieses Almosen?“ Ljonka setzt mir zu: ‚Walter darfst du nicht kränken!‘ Noch vor einigen Tagen war jeder Deutsche mein Feind. Aber in Buchenwald gab es andere Deutsche. Hans, der Blockälteste aus der Quarantänestation, und dieser Walter... Er beobachtet uns, schüttelt vorwurfsvoll den Kopf, sagt leise etwas zu Ljonka, geht hinaus, aber zehn Minuten später kommt er mit einer Schüssel Senfsuppe zurück. Nun, der Suppe kann ich nicht widerstehen. Den Löffel zieht es mir förmlich zum Munde hin. Walter schaut auf mich unter seiner steilen Stirn hervor, und seine Augen strahlen Wärme aus...“

Aus Erinnerungen von Walter Eberhardt: Die Häftlingsheizung benötigte sehr viel Koks, und es war ein kleines Kommando Juden am Holzofen beschäftigt, Autos mit Koks abzuladen. Es waren alte Menschen, und sie schafften es nicht; der Berg vor der Heizung wurde immer größer. Ich sagte zum Kapo: ‚Geh zum Arbeitsdienstführer und lass mir Kriegsgefangene geben.‘ Er sagte: ‚Ich lass mich wohl von oben zusammenhauen, geh du doch.‘ Ich überlegte einen halben Tag. Am nächsten Morgen ging ich nach dem Appell ans Tor und bat um zusätzliche Ablader. Der Arbeitsdienstführer tobte: ‚Was willst du für welche, ich habe keine Leute dafür im Lager.‘ Ich sagte: ‚Herr Arbeitsdienstführer, im Block 1 liegen russische Kriegsgefangene, die können abladen.‘ ‚Bist wohl verrückt, den Arsch lass ich dir aushauen, du Kommunistenschwein! Hau ab und lass dich nicht wieder sehen!‘ Ich rannte über den Appellplatz und in die Heizung. Ich war für den Tag bedient. Am nächsten Morgen ertönte im Lautsprecher der Ruf: ‚Der Mistvogel 1636 ans Tor!‘. Ich glaubte, jetzt geht es dir an den Kragen. Doch der Arbeitsdienstführer sagte: ‚Gehe in den Block 1 und hole dir 10 Russen zum Abladen.‘ Der

Blockälteste suchte mir zehn halbwegs Gesunde und zwei Kranke. ‚Pflege die beiden gut, sonst gehen sie vor die Hunde.‘ Ich ließ die beiden nicht arbeiten... Monatelang konnten wir das Abladekommando halten. Wir verstanden uns prächtig, unterhielten uns über die Lage an der Front und es ging ihnen den Umständen entsprechend gut.

So gibt es viele Beispiele, die davon zeugen, wie Walter Eberhardt sowjetischen Genossen half, wieder Kräfte und Mittel für den Widerstandskampf zu sammeln.

In einer von Dr. Kurt Meyer und Fritz Lang verfassten 35-seitigen Broschüre über Walter Eberhardt wurden einige Ereignisse zur Selbstbefreiung der Überlebenden des KZ Buchenwald wie folgt geschildert:

Das Jahr 1945 war angebrochen und damit das Ende des faschistischen Reiches. Die Widerstandsbewegung (illegale Partei) befasste sich mit der Befreiung im Lager. Das Kräfteverhältnis zwischen SS und Widerstandsbewegung wurde erwogen. Den gut bewaffneten SS-Einheiten von rund 7000 Mann standen als militärische Kräfte der Häftlinge 940 Genossen gegenüber. Sie verfügten mittlerweile über 116 Gewehre mit Munition, mehrere Handgranaten und viele Revolver. Die Stärke des Lagers potenzierte sich durch Willen und Ziel aller Häftlinge, mit allen Mitteln ihr Leben zu verteidigen. Eines Abends bekam Walter Eberhardt Bescheid, dass die SS das Genickschussobjekt „Pferdestall“ sprengen wollte. Kein Häftling durfte nachts den Block verlassen, sonst wurde scharf geschossen... Geschützdonner kam immer näher. Die Freiheit nahte oder aber der Untergang des gesamten Lagers. Es waren nervenaufpeitschende Tage und Nächte. Am 9. April ertönte der Ruf „Blockälteste ans Tor!“ Die sowjetischen Kameraden sagten: ‚Walter, geh nicht rauf!‘ Aber er ging doch. Es wurde

mitgeteilt: Das Lager wird geräumt, der Ettersberg wird Kampfgebiet. Die Häftlinge sollten außer Decken und etwas zu essen nichts weiter mitnehmen. In der Situation beschloss die illegale Leitung, mit allen Mitteln die Evakuierung zu verhindern. Als dann die SS allen Blockältesten befahl, zur Evakuierung auf den Appellplatz anzutreten, riskierte Walter Eberhardt vor allen sowjetischen Kameraden im gegebenen Augenblick sein Leben und trat vor die Masse des Blocks, um den Befehl der SS nicht auszuführen. Alles hörte auf seine Anweisung und setzte in ihn das Vertrauen auch in höchster Gefahr, umringt von der sowjetischen Leitung. In den Blocks nebenan Knüppelte die SS viele Kameraden aus den Baracken und schoss blindlings hinein. Aber keiner ging von selbst...

Am 11. April, mittags 12.30 Uhr, ertönte der Ruf durch das Mikrophon: ‚Alle SS-Leute sofort das Lager verlassen!‘ Die Spannung war groß, was wird geschehen; wird man das Lager mit Flugzeugen beschießen lassen? Alle waren kampfbereit und warteten auf das Signal, den Drahtzaun zu stürmen. Der Befehl des Lagerkomitees zum Stürmen kam dann um 14.30 Uhr. Walter Eberhardt selbst befand sich bei der Gruppe, welche über den Appellplatz zum Tor stürmte. Stacheldrahtzäune wurden zur gleichen Minute an mehreren Stellen, mit der Waffe in der Hand, durchbrochen, Wachmannschaften entwapfnet, Wachtürme besetzt. Die SS floh, ungefähr 160 Gefangene wurden gemacht, schwere MG, an die 2000 Gewehre und auch Panzerfäuste erbeutet und sofort eingesetzt gegen die fliehende SS. Aus tausenden Kehlen dann der Ruf ‚Wir sind frei!‘ (lange bevor die Amerikaner kamen). Alte und Junge lagen sich in den Armen. Am 19. April fand eine Trauerkundgebung statt. Alle Blocks waren angetreten. Auf dem Appellplatz war ein Ehrenmal errichtet. Angehörige

Fortsetzung auf Seite 9

Es geschah am 8. Mai 1945

Persönlich habe ich den Tag der Befreiung als Soldat im Südwesten Tschechiens erlebt. Am folgenden Morgen wurde uns verkündet: „Der Krieg ist zu Ende, aber gegen den Russen wird weiter gekämpft.“ Das war die Losung der Unverbesserlichen, die Losung des Generals Schörner, zu dessen Armee wir stoßen sollten. Wir kämpften zum Glück nicht mehr.

Aber diese Haltung – der Krieg war zu Ende, aber von der entscheidenden historischen Tatsache, der Befreiung Deutschlands, Europas und der ganzen Welt vom verbrecherischen deutschen Faschismus nicht zu sprechen – scheint noch heute nachzuwirken. Es ist dringend erforderlich, dies in das Bewusstsein der Menschen zu rücken und das verfälschte Geschichtsbild der alten BRD endlich zu korrigieren, damit dem aufkeimenden Neofaschismus der Boden entzogen wird.

In meiner Heimat in der Umgebung von Dresden überstürzten sich 1945 in diesen Tagen die Ereignisse. Nach der letzten Panzerschlacht bei Pennrich nahe Dresden besetzte die Rote Armee kampfflos meine Heimatstadt Freital. Der Volkssturm hatte sich rechtzeitig aufgelöst. Unser Vater (er hatte noch drei Söhne, die Soldat waren) hat am Morgen des 8. Mai den Rotarmisten der ersten Linie Wasser gereicht. Im Laufe des Tages zog dann der Tross der sowjetischen Einheit die Straße hinab in die Stadt.

Dabei ereignete sich die folgende bemerkenswerte Geschichte, die mir der Sohn meiner ältesten Cousine aus eigenem Erleben vor etwa zwanzig Jahren erzählte. Die Cousine war total ausgebombt und mit ihrem kleinen Jungen bei ihrem Vater untergekommen. Der Großvater stand mit seinem Enkelsöhnchen unter zahlreichen Anwohnern am Straßenrand, als die Kolonne der Roten Armee

einzog. Da löste sich plötzlich ein Rotarmist aus der Reihe heraus, der ein Pferd am Halfter führte, ging auf den Großvater zu und drückte ihm mit den Worten „Da Opa, haben ihr zu essen“ das Halfter des Pferdes in die Hand und verschwand wieder in der Kolonne. Das Pferd war angeschossen und lahmte. Das Erstaunen ringsum war groß. Aber was nun?

Zunächst wurde das Pferd im Grundstück des Wohnhauses behelfsmäßig untergestellt und versorgt. Damit begannen aufregende Tage. Der Großvater begab sich zum Pferdeschlächter. Der scheute sich zunächst, ein Pferd aus dem Bestand der Roten Armee zu schlachten, erklärte sich aber nach Bedenkzeit und langem Hin und Her doch bereit, die Schlachtung zu übernehmen.

Den etwa drei Kilometer langen Weg zwischen Wohnung und Pferdeschlächtereier musste der Großvater viele Male gehen. Das Pferd wurde zum Pferdeschlächter geführt, nach der Schlachtung war das Geschlachtete abzuholen (ein Teil fiel selbstverständlich dem Pferdeschlächter zu). Die Abholung war nur mit dem großen Handwagen, einem Drei-Scheffel-Wagen, für den zwei Mann nötig waren (vorn an der Deichsel ein Mann mit Zugriemen, hinten ein kräftiger Schieber). Mit diesem Wagen hatten wir als große Jungen die Steinkohle für den Wintervorrat vom Schacht nach Hause geholt, nicht nur für uns, sondern auch für die Großeltern und die Verwandten.

Im Keller des Bahnhofsgebäudes der nahe gelegenen Kleinbahnstation sind dann die Schlachterzeugnisse (Fleisch und Wurst) unter den Bewohnern des umliegenden Viertels verteilt worden. Und so hatten wirklich „alle zu essen“.

• WALTER JAHN

Sogenannte Dokumentationen

Seit Wochen zeigen vor allem oder eigentlich nur die öffentlich-rechtlichen Sender eine Fülle von sogenannten „Dokumentationen“ zum Kriegsende. Dabei wird eine schreckliche Tendenz deutlich. Unter dem Titel: „Mein Kriegsende“, einer 25-teiligen Dokumentation, lässt der WDR Menschen berichten, „wie sie“ das Kriegsende erlebt haben. Dabei wird beim Zuschauer der Eindruck erweckt, dass die Befreiung vorwiegend aus dem Westen kam und von den amerikanischen Truppen vollzogen wurde. Sie waren es, die die Freiheit nach Deutschland brachten. Sie waren ausschließlich voller Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft. Erschreckend ist, dass in einer Vielzahl der Sendungen auch vor Geschichtsfälschungen nicht Halt gemacht wird. In der Sendung zur Besetzung des Konzentrationslagers Buchenwald wird verschwiegen, dass sich das Lager beim Eintreffen der Amerikaner bereits selbst befreit hatte. Zum ersten Zusammentreffen sowjetischer und amerikanischer Truppen bei Strehla an der Elbe wird gelo-

gen, indem formuliert wird, dass „General Eisenhower Berlin den Russen überlassen hat“. Bewusst wird verschwiegen, dass es unter den Alliierten eine genaue Absprache gab, wer bis zu welchen Linien Deutschland besetzt.

Der Kriegsverlauf im Osten dagegen wird vorwiegend als Grauen dargestellt – namentlich durch Plünderung, Verwaltung und Raub seitens der Roten Armee gegenüber der Zivilbevölkerung. Grundsätzlich wird an den „Russen“ alles Schlechte dieses Krieges festgemacht. Obwohl die Sowjetunion unbestritten die Hauptlast des 2. Weltkrieges getragen hat, erwecken die Sendungen den Eindruck, als habe sie am Krieg gar nicht teilgenommen oder sei ihr Anteil an der Niederringung des deutschen Faschismus gering.

Bedrückend wirkt, dass sich durch die Sendungen wie ein roter Faden der Versuch zieht, die deutsche Generalität von ihrer Verantwortung bei der Planung und Durchführung dieses verbrecherischen Krieges reinzuwaschen. Und um das ganze Ausmaß des Krieges zu verzer-

ren, die wahren Ursachen zu verschleiern und die Verantwortlichen zu schonen, gehen diese Dokumentationen einher mit einer Welle von Hitlerdarstellungen. Zum wiederholten Mal werden Sendungen wie: „Hitlers Macher“, „Hitlers Stellvertreter“, „Hitlers Manager“ und neuestens „Hitlers Lieb-schaften“ u. a. gezeigt. Einen eigenen Beitrag zum Thema soll das 10-teilige Dokudrama aus USA/GB mit dem Titel „Wir waren wie Brüder“ leisten. Auch hier der Versuch, die Rolle der Sowjetunion und der Sowjetarmee in Vergessenheit geraten zu lassen, zumindest aber deutlich zu schmälern.

Und damit der Bundesbürger auch begreift, dass die Bundesrepublik „die richtigen Lehren“ aus dem 2. Weltkrieg gezogen hat, muss man die Sendung „Vom Friedenstrupp zur Einsatzarmee“ des SWR gesehen haben. Laut Minister Struck muss die Bundeswehr in der ganzen Welt einsetzbar sein. 60 Jahre Kriegsende und nichts Neues im Westen!

• ERICH ROTT
68519 Viernheim

In jeder Stunde des Krieges starben 1045 Menschen

Aus einer Rede von Eberhard Schneidenbach auf einer Veranstaltung zum Tag der Befreiung am 8. Mai 2005 in Borna

Auch in unserem Kreis Borna gab es ein Außenlager von Buchenwald, im „Großen Fürstenholz“ in Flößberg. Dieses Lager wurde am 30. November 1944 eingerichtet und bestand aus 10 bis 14 Häftlingsbaracken, mehreren Bewacher-, Lager- und Arbeitsgebäuden. Das Lager wurde am 13. April 1945 durch amerikanische Soldaten befreit. Die Menschen haben damals vor Freude geweint. Und waren glücklich, wieder freie Men-

schen zu sein.

Im „Großen Fürstenholz“ in Flößberg waren rund 1900 Häftlinge, meist junge ungarische Juden und 100 zwangsverpflichtete Franzosen, Belgier und Holländer untergebracht und mussten unvorstellbar schwer arbeiten. Im Auftrag der Leipziger HASAG-Werke wurden Panzerfäuste hergestellt. In diesem Lager kamen etwa 168 Häftlinge um, die in der Lobstädter Straße in Borna ihre letzte Ruhestätte gefunden haben.

Der Zweite Weltkrieg, der am 1. September 1939, 4.45 Uhr begann, kehrte in sein Ausgangsland, nach Deutschland zurück und fand am 8. Mai

1945, 23.01 Uhr mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands sein Ende. Der Krieg in Europa dauerte 6 Jahre – oder 2194 Tage oder 52 641 Stunden. Durch den Krieg verloren in jeder Stunde 1045, in jeder Minute 17 Menschen ihr Leben. Insgesamt kostete dieser Krieg 56 Millionen Menschen das Leben.

Mit der Befreiung vor 60 Jahren endete eine Gewaltherrschaft, die bisher noch keiner kannte, und Keime der Hoffnung auf eine bessere Zukunft gingen auf. Wir wollen all der Menschen gedenken, die ihr Leben geben mussten. Es darf sich niemals mehr Derartiges wiederholen.

Fortsetzung von Seite 8

aller Nationen marschierten mit Waffen in den Händen in Zehnerreihen und mit geballten Fäusten an der Tribüne vorüber, wo die Leitung der Widerstandskämpfer mit zwei sowjetischen Offizieren und drei amerikanischen Offizieren den Vorbeimarsch abnahmen und der Vorsitzende des Buchenwaldkomitees, Walter Bartel, den Schwur von Buchenwald kundtat: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung! Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel! Das sind wir allen Ermordeten und ihren Angehörigen schuldig!“ Die 21 000 Überlebenden von Buchenwald streckten ihre Hände zum Himmel und sprachen: „Wir schwören es!“

Jahre nach dieser Schreckenszeit gingen Briefe herüber und hinüber von Borna zu den Kampfgefährten Iwan Iwanowitsch Smirnow, dessen Gefährten Jakow Tadeusch und anderen. So schrieb Oberstleutnant Smirnow im Juli 1958 u. a.: „Mein lieber Walter, ich danke Dir für Eure Hilfe! Ich erinnere mich vieler deutscher Genossen, die mir im Kampf gegen den Faschismus halfen. Dieser Kampf war in Buchenwald sehr schwer. Du, mein lieber Walter, weißt vieles darüber und du schwiegst über Vorgänge in unserem Block, obwohl ich dich als Barackenältesten informierte. Ich habe mich nachts oft von der Baracke 30 entfernt, um mich mit meinen Genossen zu treffen. Du wusstest viel davon und hast es selbst miterlebt. Wir gingen stets davon aus, dass der Kampf gegen den Faschismus stets über die Interessen des einzelnen Menschen gestellt werden

muss... *Erinnere Deine Kampfgefährten stets daran, dass der Kampf gegen den Faschismus noch nicht beendet ist ... Dein Freund I. Smirnow*“

In einem Brief aus dem Jahre 1968 schreibt Jakow Tadeusch, der zu der Gruppe um Kommandeur Smirnow gehörte, unter anderem:

„Mein lieber Freund und Genosse Walter Eberhardt! Unvorstellbar war der Gedanke, dass ich nach einem viertel Jahrhundert wieder etwas von meinem großen Freund und Genossen erfahre, dem ich mein Leben verdanke. Als mir Serjoscha Bogdanow über Ihren Besuch in Moskau berichtete, habe ich mir Sie vorgestellt und an Sie gedacht, an den uns allen lieben Walter, den großen, ja sehr großen Freund sowjetischer Menschen. Vor mir tauchten erneut die grausamen und finsternen Bilder Buchenwalds auf. ...

Ich erinnere mich an Ihre ersten Schritte, die Sie zu uns, den sowjetischen Menschen im Block 1, in dem wir wohnten, brachten. Niemals werden wir vergessen, welches Risiko Sie auf sich genommen haben. Sie waren ständig in Gefahr, von den SS-Offizieren betrafft zu werden. Sie haben wahrlich großen Mut gezeigt.“

Walter Eberhardt kehrte im Mai 1945 nach Borna zurück. Im Juli 1945 begab er sich mit dem Bornaer SPD-Genossen Erich Altmann zur Kreisgrenze nach Flößberg, um einrückenden Sowjetsoldaten herzliches Willkommen zu entbieten. Davon zeugte später eine Gedenkstätte an der Straße im Flößberger Wald. Diese Stätte ist dann nach der so genannten Wende geschleift worden.

Nachgezeichnet von
BRUNO SCHWEITZER

Tatsächlich! Leipzig besitzt wieder einen Wagner-Dirigenten von Format, nur (vorerst?) nicht in der Oper, sondern in Gestalt des neuen Universitätsmusikdirektors David Timm. Für den erstmals in einem ostdeutschen Bundesland veranstalteten Jahreskongress des *Richard Wagner Verbandes International* führte er – dank der Richard-Wagner-Gesellschaft Leipzig – die zu Wagners Lebzeiten nie gespielte Urfassung der romantischen Oper „Der fliegende Holländer“ konzert-

Von **WERNER WOLF**

tant an zwei Abenden in der großen Halle des Bundesverwaltungsgerechtes auf. Das Beglückende: Es war nicht nur die Urfassung, sondern auch ein Urerlebnis. Der bisher vor allem als Chorleiter, vielseitiger Pianist und glänzender Improvisator hervorgetretene einstige Thomaner erwies sich auch als ursprüngliche Begabung für die Oper, speziell für die Wagnersche. Mit welcher Suggestivkraft und Gestaltungskunst Timm das Ganze erfüllte, ließ an große Opernabende mit Franz Konwitschny denken. Dabei hatte er mit dem Universitätschor, dem Leipziger Vokalensemble, dem vorwiegend aus Musikern des Gewandhauses und des Rundfunks gebildeten Mendelssohnorchester und Gastsolisten (Holländer: Wolf-Matthias Fried-

Leipzig hat wieder einen Wagner-Dirigenten

Erstmals Internationaler Wagner-Kongress in Leipzig

rich, Senta: Ulrike Fulde, Donald: Jürgen Trekel, Georg: Manfred Wulfert, Steuermann: Martin Petzold, Mary: Klaudia Zeiner) kein eingeschliffenes Ensemble und keine wagnererfahrenen Chöre zur Verfügung. Doch sie alle sangen und spielten mit unbedingter Konzentration und folgten dem beschwörenden Dirigat mit beispielhafter Einsatzfreude. Da waren die mit dem Orchester ein Viereck bildenden Zuhörer der ausverkauften Abende vom ersten bis zum letzten Takt gefesselt, erlebten alles sozusagen leibhaftig. Zumal die Kongressteilnehmer zeigten sich hellauf begeistert. Ungewöhnliches war auch in der Eröffnungsveranstaltung des Kongresses im Schauspielhaus zu erleben. Intendant Wolfgang Engel stellte Richard Wagners von ihm nicht vertonten Opernentwurf „Wieland der Schmied“ in den Mittelpunkt einer szenischen Lesung. Er selbst fungierte als überlegener Erzähler inmitten von sieben an einem Tisch sitzenden Schauspielern. Klar sprechend agierten sie in den verschiedenen Rollen mit ironischer Distanz und, wo nötig, auch mit dem gehörigem Ernst.

Insgesamt zeigten sich die Kongressteilnehmer auch von den anderen Darbietungen in Leipzigs Oper, in der Hochschule für Musik und Theater, im Goethe-Theater Bad Lauchstädt und im Opernhaus Halle stark beeindruckt und lobten das hohe Niveau und den Reichtum des Leipziger Kulturlebens. Gleichzeitig bescherte ja auch das Bachfest große Erlebnisse. Im Gewandhaus mit den ständigen Konzerten. Im 7. Rundfunkkonzert stellte Fabio Luisi vor der etwas grob geratenen großen Sinfonie g-Moll von Wolfgang Amadeus Mozart das mysteriös betitelt, zwei Tage vorher in Weimar uraufgeführte Stück „DW1.2 – Orchestra Loops/2“ des Österreicher Bernhard Lang vor. Doch Loops bedeutet ja nichts weiter als Schleifen, und vorgeführt wurden über eine halbe Stunde ziemlich endlos wiederholte und dabei nur manchmal veränderte Tonschleifen – eine ziemlich ertüfelte Sache. Dagegen wirkte das eingangs gebotene Bratschenkonzert von Alfred Schnittke mit Veronika Hagen als feinsinniger und zauberhaft spielender Solistin geradezu spontan. Herbert Blomstedt wartete in seiner Abschiedsreihe als Gewandhauskapellmeister mit zwei „Sechsten“ auf, denen von Jean Sibelius und Peter Tschaikowski. Das eigenwillige, bei aller Verhaltenheit ausdrucksgeballte Werk von Sibelius dürfte kaum ein anderer Dirigent so zwingend gestalten wie er. Mit Tschaikowskis Weltabschieds-Sinfonie demonstrierte er erneut, wie klare Linienführung und starke Emotionalität zur Einheit werden können.

Gefühlsachterbahn

Reiner Werner Faßbinders Kabinettstück *Die bitteren Tränen der Petra von Kant* wird von André Turnheim in der Neuen Szene auf die Bühne gestemmt, mit Detailverliebtheit und Gefühl. Faßbinder hat Klischeesituationen und -

sätze des mondänen Frauenromans zu einem Stück montiert, das Kitsch ad absurdum führt. Es ist nicht die Lesbengeschichte, die es auf den ersten Blick zu sein scheint, vielmehr offenbart sich ein ernüchterndes Spiel um menschliche Kälte, Liebe und Emanzipation. Susanne Stein (kurzfristig für Heidi Ecks eingespungen) rast auf der Gefühlsachterbahn, exzessiv und exzentrisch: wunderbar. • **D. M.**

Zwei potentielle Zuschauer haben sich „Speer und Er“ nicht angesehen. Eine Tochter des Architekten namens Margret Nissen, die formulierte: „Es ist die Scham über das Gezeigte“. Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki, den die umfänglichen Programmplätze über einen –

Von **MICHAEL ZOCK**

wie er wettete – „Gentleman-Nazi und Millionär“ mächtig nervten. Statistisch haben es den beiden am letzten Tag von Heinrich Breloers TV-Dokudrama rund 3,5 Millionen Zuschauer nicht gleichgetan. Nach der Tagesschau wechselten aber an jedem Ausstrahlungstag knapp zwei Millionen doch noch einmal das Programm und entschieden sich gegen „Speer und Er“. Viel war in diesen Tagen nicht nur über das angebliche „Fernseh ereignis des Jahres“, sondern

FF dabei
DER FILM- UND FERNSEH-LINK
Der lächelnde Lügner
Verdrängung und Verbrechen in „Speer und Er“

auch über die Gedankenlosigkeit des Mediums selbst zu erfahren. So wurden beispielsweise zum ARD-Talk „Beckmann“ die beiden Hauptdarsteller Sebastian Koch (Speer) und Tobias Moretti (Hitler) eingeladen. Es blieb das übliche Beckmann-Geplänkel. Peinlich wurde es erst, als nach dreißig Minuten in dieser Sendung Dirk Bach (RTL-Dschungelmoderator) sein neues Kochbuch beschwätzen wollte. Geschmacklos spannte über seinem Bäuchlein ein Totenkopf-T-Shirt. Er plapperte auch noch etwas über das „mächtig interessante Gespräch“ zum

Speer-Projekt. Damit war dieser Sendebrei dann völlig ungenießbar. Nach der Rezeptur: Erst kommt die Moral und dann das Fressen. War Albert Speer (Rüstungsminister und Baumeister des Nazi-Größenwahns) nun Drahtzieher der Judenvernichtung oder ein unpolitischer Technokrat? Diese Frage wurde eine halbe Woche immerhin viereinhalb Stunden zur besten ARD-Sendezeit hin- und hergewendet, um schließlich in den Wirren des Dokudramas unterzugehen. Somit behielt der Skeptiker Reich-Ranicki Recht. Offenbar

muss auch der Autor Heinrich Breloer die verharmlosende Wirkung seiner umfänglichen Arbeit erkannt haben, denn der schob noch einen vierten Teil „Die Täuschung“ nach. Der wurde dann zu sehr später Stunde für müde Augen ausgestrahlt. Fakten, denen nur noch eine reichliche Million Zuschauer folgte und die Albert Speer als hinterhältigen Lügner enttarnten. „Für ihn war der Weltkrieg erst ein Verbrechen, als er verloren war.“ Da wurde es wirklich historisch interessant – allerdings erst gegen 0.15 Uhr. Wer ohne tiefere Geschichtskennntnisse drei Abende und eine Nacht vor dem Bildschirm ausharrte, wird so manches Mal den roten Faden verloren haben. Und es bleiben Fragen: Warum eigentlich keine Todesstrafe für Albert Speer in Nürnberg? Wieso konnte ein Kriegsverbrecher nach seinem Gefängnisaufenthalt nahtlos als international gefragter Tagebuchschreiber bis zu seinem Tod weltweit (!) ein

Millionenvermögen scheffeln? (Rekrutierte Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie erstritten erst in diesen Jahren eine paar Tausender als Entschädigung.) Und schließlich: Wie lange noch soll in diesem Land das Nazisystem vor allem durch Führer und Täter erklärt und gedeutet werden? Da spannt sich westlicherseits ein weiter Bogen bis in die 50er Jahre, als „Des Teufels General“ zu erstem Filmruhm kam. Wer wird in zehn Jahren der Hauptdarsteller des Jahres sein? Dieses Jahr war es Adolf Hitler, sowohl dokumentar als auch fiktiv. Goebbels soll vor Begeisterung in der Hölle den Arm gehoben haben. Übrigens: Es gab östlicherseits über Jahre eine andere Filmgeschichte mit „Der Fall Gleiwitz“, „Die Verlobte“, „KLK an PTX – Die rote Kapelle“, „Dein unbekannter Bruder“. Diese Filmsichten fehlen, trotz der diesjährigen Sophie Scholl, zunehmend.



Foto von 1956

Kämpfer und Komiker

Günther Simon
zum 80.
(1925 – 1972)

Mit 47 Jahren plötzlich gestorben, aber durch annähernd 50 meist große Film- und Fernsehproduktionen auch ein bleibendes, strittiges Gesicht im DEFA-Almanach. Für den Kämpfer mögen der Sportler Seelenbinder in „Einer von uns“, der Revolutionär in „Das Lied der Matrosen“ und der Arbeiter in „Krupp und Krause“ stehen. Für den Komiker gab es Lacher in „Meine Frau macht Musik“, „Reise ins Ehebett“ und als Vater von „Alfons Zitterbacke“. Für viele Generationen hatte Ernst Thälmann durch die Filme Kurt Mätzigs das Gesicht Simons. Wer den mehrfachen Nationalpreisträger darauf reduziert, wird ihm nicht gerecht. Egon Günther besetzte ihn überzeugend, neben Marita Böhme, in dem brisanten Scheidungsfall „Lots Weib“. Kleinkarierte Filmverbote trafen und lähmten auch den Genossen Simon. Zu erwähnen sind Konrad Wolfs „Sonnensucher“ (1959) und später Günther Stahnkes „Der Frühling braucht Zeit“ (1965).

Der Sohn eines Bankangestellten kam aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft und nahm gegen den Willen der Eltern Schauspielunterricht. Ein erster Sprung ans Landestheater Schwerin misslang. Zweitrangige Filme folgten, bis sich Mitte der 50er Jahre in seiner Laufbahn Politik, Kunst und Propaganda auf einmalige Weise kreuzten. Simon sagte im Nachhinein, „dass er unter Thälmann auch gelitten habe“. Wichtige Szenen wurden übrigens auch in der Leipziger Lützner Straße gedreht. Für den Schauspieler waren die späteren Filmbälle und Gesprächsforen in Stadt und Land, wo dem „Teddy“ jeder „selbst auf der Toilette“ noch die Hand schütteln wollte, ein Graus. Simon gleich Thälmann. Da wieder Abstand zu finden, war für den jungen Mann nicht einfach. Es gelang! Seinem späteren Credo: „Rollen, die den Menschen so zeigen, wie er wirklich ist – ohne Schablone“, kam Günther Simon in seinem letzten Film „Reife Kirichen“ (1972) sehr nahe.

(DVD-Empfehlungen: *Sonnensucher / Die Rote Kapelle / Der schweigende Stern*). • **M. Z.**

Die vom Deutschen Bundestag 1994 ins Leben gerufene „Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung“ will mit der auf zehn Bände konzipierten „Berliner Reihe“ – eine Auswahl wichtiger Reden, Artikel und Briefe – das Wirken Willy Brandts als Außenminister der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD (1966–1969) und als Bundeskanzler der Koalition von SPD und FDP (1969–1974) einer breiten historisch-politisch interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen.

Der im März erschienene Band 6 erregt besonderes Interesse, denn er behandelt mit der Außen-, Europa- und Deutschlandpolitik das zentrale Politikfeld Willy Brandts. Über 60 Dokumente belegen die mit seinem Namen untrennbar verbundene

Brandts „Neue Ostpolitik“ dokumentiert

„Neue Ostpolitik“. Dieses in der Hochzeit des Kalten Krieges, flankiert von atomarer Bedrohung, vertretene strategische Konzept war zugleich die Abkehr von der „Hallstein-Doktrin“, die den völkerrechtlichen Alleinvertretungsanspruch der BRD für ganz Deutschland beinhaltete und Staaten, die die DDR völkerrechtlich anerkannten, unter Sanktionen stellte. Willy Brandt, der als erster Bundeskanzler die staatliche Existenz der DDR beim Namen nannte, plädierte dennoch nicht für die staatliche Anerkennung der DDR, sondern vielmehr für die Anerkennung ihrer Existenz, nicht für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, sondern

für die Anerkennung der Unverletzbarkeit der Grenzen. „Unser Land braucht“, betonte er in seiner ersten Regierungserklärung, „die Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten.“ Somit gelang es ihm, die Ostverträge mit Moskau, Warschau und Prag sowie 1972 den Grundlagenvertrag mit der DDR gegen innere und äußere Widerstände durchzusetzen, wobei ihm – was oft übersehen wird – die von den sozialistischen Staaten verfolgte Politik der friedlichen Koexistenz zugute kam.

Die von Willy Brandt betriebene Außenpolitik stieß auf ent-

schiedenen Widerstand der konservativen Kräfte der BRD. In Überreaktion auf den von den Medien und der Opposition aufgebauten Spionage-Coup trat er im Mai 1974 vom Amt des Bundeskanzlers zurück. Erst mit dem 4-plus-2-Vertrag 1990 wurde Bonn gezwungen, die Oder-Neiße-Grenze völkerrechtlich anzuerkennen

• KURT SCHNEIDER

Willy Brandt: *Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974. Berliner Ausgabe, Band 6. Bearbeitet von Frank Fischer. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2005. 680 Seiten, 27,60 Euro*

Gewagte Bilder-Geschichte

Ein Bildband über die Rote Armee Fraktion (RAF)

Dieses Experiment wagte im Jahr 1998 erstmals der Steidl-Verlag und nunmehr in einer aktualisierten und ergänzten Neuauflage der Aufbau-Verlag. Die Zusammenstellung besorgte Astrid Proll, die als 20-Jährige nach Westberlin kam, dort Fotografie studierte, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof kennenlernte und sich der RAF anschloss. Astrid Proll über ihren Bildband: „Wenn ich heute die in diesem Buch versammelten Fotos betrachte, sind sie, auch für mich als einstige Akteurin der Roten Armee Fraktion, ein Stück Zeitgeschichte. Sie sind Dokumente der bislang härtesten und dramatischsten Auseinandersetzung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Sie zeugen vom Tod in einem nicht erklärten Bürgerkrieg, sie zeugen von Tragik. Sie bringen unmittelbar zum Ausdruck, wie sich aus einer spontanen Rebellion, auf die der Staat mit überzogener Härte reagierte, ein gnadenloser, sinnloser Kampf entwickelte.“ Fazit: Ein interessanter, Unruhe verströmender Blick in die deutsche Nachkriegshistorie. • D. M.

Astrid Proll: *Hans und Grete – Bilder der RAF 1967–1977. Aufbau-Verlag, Berlin 2004. 159 Seiten, 19,90 Euro*

Im Rahmen des im Jahr 2006 lzu begehenden 1200-jährigen Stadtjubiläums gibt diese kleine, von Karin Scherf liebenswürdig und kenntnisreich verfasste Publikation einen Einblick in die lange und wechselvolle Geschichte, die gegenwärtige Verfasstheit und die interessanten Zukunftspläne des Halleschen Marktplatzes, also der „guten Stube“ der Stadt. Geprägt von der viertürmigen Marienkirche und dem Roten Turm, die gemeinsam als die „Fünf Türme“ das weithin sichtbare Wahrzeichen der Stadt bilden, war und ist diese bekannteste Ansicht der Stadt an der Saale häufig Gegenstand des Wirkens bedeutender Künstler. Caspar David Friedrich und Lionel Feininger gehören zu den be-

Die „gute Stube“ einer 1200-jährigen



Schon um 1760 das bekannte Bild mit den fünf Türmen

rühmtesten. Nach 1200 Jahren Stadtgeschichte heißt es jetzt erneut Umbau auf dem Markt. Das bedeutet, mit dem über viele Jahrhunderte der Baugeschichte Gewachsenen behutsam umzugehen und die zentrale Bedeutung des Marktes im

Gefüge der Altstadt herauszuheben. Im Jahr 1803 schrieb Goethe an Schiller „Versäumen Sie nicht, sich in Halle umzusehen, wozu Sie so manchen Anlaß finden werden.“ Guten Gewissens ist diese Empfehlung im Jahr 2005 den etwa 40

Kilometer entfernt wohnenden Leipzigerinnen und Leipzigern weiterzugeben. Außer einem der schönsten Marktplätze Deutschlands bietet Halle als deutsche Kulturstadt mit großer europäischer Geschichte sowohl bemerkenswerte kulturelle Kostbarkeiten als auch Impulse, gesellschaftliche Umbrüche für die Entfaltung ihres kulturellen Reichtums zu nutzen.

• URSULA WOHLFELD

Karin Scherf: *Halle bewegt. Der Markt. Eine Geschichte von Menschen, Bildern und Visionen. Anderbeck Verlag 2004. 32 Seiten & CD, zahlr. Farbabb., 7,90 Euro*

Wer den Kurzprosa-Band *Stuhl im Café Maitre*, die *Geschichte vom Glück* oder Früheres von Thomas Bachmann gelesen hat, wird seinen neuen Band *Der fette Mann auf dem Fahrrad* gespannt zur Hand nehmen. Und nicht enttäuscht werden. Wieder besticht der an der Küste geborene Leipziger durch überraschende Sujets und durch Erzählkunst; erneut ist ein Zug zum Kriminalistischen spürbar. Die hier versammelten „Erzählungen“ – in der Mehrzahl Shortstories – sind freilich keine Krimis. Dort, wo sie Rätsel aufgeben, führen sie nicht zur Lösung, sondern wollen verunsichern. Bachmann schreibt gegen Klischeedenken an. Was hat zum „Fall“ geführt? Welche gesellschaftlichen und individuellen Bedingungen, welches Erleben? Am unmittelbarsten kreisen die Gedanken um diese Frage in *Hans im Glück*, der Story von der Geiselnahme in einem Kindergarten. Vom Revolvermann, der Märchen vorliest und am Telefon selbst einem Kriminalkommissar sympathisch zu werden beginnt. Offener Tatausgang und offenes „Motiv“ belassen uns zwiefach beunruhigt.

„Der Geist wird über die Scheune triumphieren“

Neue Kurzgeschichten von Thomas Bachmann

Ein furioser Auftakt des Bandes gelang mit *Gladiator*. Ein Mann sitzt im vierten Stock in einem Fensterrahmen „und schaut zu, wie das gesamte Innenleben des Abrisshauses unter erstaunlich wenig Geräusch in sich zusammenrutscht“. Dabei wollte er nur ein paar Fotos machen – „lange wird es solche Häuser in der Stadt nicht mehr geben, bei der Sanierungswut“. Aber nicht er ist der Fall, sondern diejenigen, die bei Scheinwerferlicht auf seinen Sturz warten wie Römer auf das Fallen eines Gladiators. Oder mit verschränkten Armen Mut zusprechen. Im Kontrast zu diesem kurzfilmreifen Drehbuch scheint es beim Text mit dem seltsamen Titel *Die Seele aus dem Dorf tragen* ruhig zuzugehen. Eine junge Frau, die sich der mündlichen Geschichtsüberlieferung verschrieben hat, sucht in die Vergangenheit eines mecklenburgischen Dorfes zu dringen. Um den Ort, heißt es, habe die

Geschichte einen Bogen gemacht. Immerhin, das eine oder andere erfährt die Forscherin; wechselweise rücken sich Aussagen und ungenannt aussagende ins rechte Licht. (Ein Kabinettstück die Auskunft, die unschwer dem Pastor zuzuordnen ist!) Doch erst mit den Aufzeichnungen eines am Rand der Dorfgemeinschaft lebenden Alten hätte die junge Frau, die beim Wirt Quartier gefunden hat, wirklich die Seele aus dem Dorf tragen können. Hätte. Ein Schock-Schluss zwingt zu erneutem Lesen von vorn bis hinten. In der vergleichsweise harmlosen Posse *Der Dorfpötel* geben sich Gast und Wirtin eines Dorfkruhs nicht nur literarische Rätsel auf. Hier herrscht spätestens beim letzten Satz Klarheit: über Klüfte in der Literatenwelt ... und den Wert unserer Überschrift. Überraschend auf ganz andere Art, für Unsensible zum Schütteln erheitend, schließt die Er-



zählung von der Stieglitzstraße und dem Postboten Friedrich Hardenberg – der zwei Damen, Mutter und Tochter, besucht und sich in Ohnmacht rettet (*Entschuldigen Sie die Störung!*). Mit raffinierter Komposition und Atmosphäre-Zauber lässt Bachmann eine schlichte Fabel zum Hochgenuss werden. Bei *Vier Szenen im Café* müssen wir uns anstrengen. Wir geraten in ein Netzwerk von einer und dreimal zwei Personen, die im Dialog und inneren Monolog

ihre Gedanken und Gefühle preisgeben. Abgesehen davon, dass sich die Anwesenden, soweit sie sich nicht kennen, einen Reim voneinander machen wollen, ist im Puzzle ihrer Äußerungen herauszufinden, wer da gerade etwas sagt oder denkt. Wichtiger: Auch hier, im Café, tun sich „Fälle“ auf; weit Zurückliegendes und vielleicht vor Monaten Vorgefallenes tritt zutage, neben Komischem ereignet sich unversehens Dramatisches.

Insgesamt zehn Texte – von der Titelgeschichte sei nichts verraten – umfasst der Band. Einer davon ist nichtfiktional, doch nicht minder anspruchsvoll gestaltet. Aus dem Bericht über einen verschwundenen Jugendgefährten erfahren wir zugleich einiges davon, wie der Autor in einer DDR-Kleinstadt aufwuchs und was er zu verarbeiten hatte. Und dass es auch der „Singebeugung“ zu danken ist, wenn's einen Grimmener in unsere Stadt verschlug.

• GOTTFRIED BRAUN

Thomas Bachmann: *Der fette Mann auf dem Fahrrad. Erzählungen. Peter Segler Verlag, Freiberg 2004. 220 Seiten, 12 Euro*

Begegnungen mit dem Werk Michail Scholochows

Zum 100.
Geburtstag des
Schriftstellers
am 24. Mai 2005

In den fünfziger Jahren, als in der DDR die ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gegründet wurde, bin ich als junger Slawist mit Michail Scholochows Roman „Neuland unterm Pflug“ in Dörfer des Kreises Greifswald gezogen, um den Bauern sozusagen mit dem Wissen um ihre sowjetischen Mitstreiter auf dem unerforschten Wege den Rücken zu stärken. Ich hatte stets einen Genossen vom Apparat der SED-Kreisleitung an meiner Seite,

Von **WILLI BEITZ**

der, wenn es um Fachfragen ging, einspringen konnte. Ein wenig schaute hierbei das Bild einer schöneren Zukunft herein ... Mancher mag heute darüber die Nase rümpfen: Wie unprofessionell! Literatur ist doch kein Lehrbuch! Typisch Ulbricht-Zeit! Stimmt, doch nur zur Hälfte. Denn auch Scholochow hatte geäußert, er wolle mit dem Roman den Kolchosbauern Mut machen. Und bei der Entstehung und Wirkung des Romans in seiner Heimat waren Literatur und Lebensrealität auf enge, ja höchst dramatische Weise miteinander verknüpft. Unmäßige Ablieferungspflichten trieben die Kolchosbauern in den wirtschaftlichen Ruin und erzeugten bereits eine schlimme Hungersnot. Scholochow als literarisch ausgewiesener Gewährsmann sah sich genötigt, einzugreifen – mit einem unerhört mutigen und langen Brief (faktisch eine Denkschrift) an den mächtigsten Mann im Staate (4. April 1933), in dem er die Lage analysierte und die arge Bedrängnis der Bauern, das erschreckende Sterben von Mensch und Vieh, das Wüten der Machthaber und ihrer Schergen (bis hin zur Folter) gegenüber Unschuldigen in allen Einzelheiten schilderte. Scholochow schloss mit den Worten, es sei wohl besser, dem Genossen Stalin diesen überlangen Brief zuzumuten als eine von solchen Schreckensbildern erfüllte Fortsetzung seines Romans zu schreiben ... Stalin reagierte augenblicklich, ließ Getreide schicken, veranlasste die Absetzung örtlicher Funktionäre. Wievielen Menschen mag Scholochow damals (es ging um den ganzen Rayon) das Leben gerettet haben?! Scholochow hat nie davon ein Aufhebens gemacht, und seinen Brief kann man im Wortlaut erst seit dem Jahre 1992 nachlesen.

Zum 60. Geburtstag des Schriftstellers, 1965, fand in Leipzig ein Scholochow-Symposium statt. Ich fand es aufregend – nicht nur wegen des großen internationalen Teilnehmerkreises (mit namhaften Referenten von Moskau bis Belgrad), sondern auch deshalb, weil damals aus der sowjetischen Metropole die Wogen einer neuen Debatte über Scholochows großes Romanepos „Der stille Don“ zu uns herüberschlugen. Wer hinhörte, der wurde bald gewahr, dass sich in dem Streit (ob der zentrale Held des Romans, Grigori Melechow,

der im Bürgerkrieg bald auf dieser, bald auf jener Seite gekämpft hatte, am Ende ein schuldbeladener „Abtrünniger“, ein Verräter an der Revolution sei oder ob die Frage nach verhängnisvollen Fehlern auch an die Adresse der Sowjetmacht gerichtet werden müsse) weit mehr verbarg als literaturwissenschaftliche Deutungsprobleme. Er hatte mit frühen Weichenstellungen auf dem Kurs des realen Sozialismus zu tun, letztlich also Fragen, die das „Tauwetter“ in der UdSSR auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Und mit Alexander Dementjew aus der Redaktion der Zeitschrift „Nowy mir“, die unter Leitung des Dichters Twardowski am mutigsten den angestrebten Reformkurs verfolgte, nahm ein kluger und beredter Verfechter dieses Kurses am Leipziger

macht gekämpft, auch der gereifte Schriftsteller stellt sie nicht in Frage, aber er fragt nach dem Preis des mit ebensoviele Hingabe wie ausufernder Gewalt verfochtenen Unternehmens.

In der panoramatischen Gestaltenfülle des „Stillen Don“ finden wir in prägnanter Zeichnung alle Arten kosakischer wie proletarisch-revolutionärer Krieger: wackere Haudegen ebenso wie zynische Menschenschlächter; wir finden, wie in Brechts „Mutter Courage“, auch solche, die mit dem Elend anderer ihren kleinen Reibach zu machen suchen. Wir erleben, wie bei den Roten die Befehlsgewalt manchem zu Kopf steigt und zu schrecklichen Handlungen führt, aber auch, wie ein anderer im

Fronten des Bürgerkrieges heimkehrten, die tägliche Begegnung aushalten, eine Art des Zusammenlebens im Dorf finden mussten. (Fallen einem da nicht der „befriedete“ Balkan, Bosnien, der Kosovo ein?)

Scholochow ist in seinem Werk noch einige Male zum Thema des Krieges, nun schon eines anderen Krieges mit neuen Schrecknissen, neuen Kämpfer- und Opfergeschichten, zurückgekehrt. Die künstlerische Kraft des „Stillen Don“ hat er nicht mehr erreicht. Doch in dem gelungensten Werk, der Erzählung „Ein Menschenschicksal“, spürt man den Geist seines großen Romans, denn wenn wir mit dem Erzähler die Geschichte Andrej Sokolows Stück um Stück erfahren, blicken wir nicht bewundernd zu einem soldatischen Helden auf, sondern wir sind erschüttert, wie dieser einfache Mann trotz aller Schläge, die der Krieg ihm versetzte, sich Menschlichkeit, Würde und Liebe zum Leben bewahrt hat. Und dass dies am Beispiel eines aus faschistischer Gefangenschaft entflohenen Mannes geschah (unter Stalin schickte man solche Leute ins Lager), mochte eine gewisse Abmilderung der Realität sein – es war (die Erzählung erschien an der Jahreswende 1956/57 in der „Prawda“) das Hoffnungszeichen einer neuen Zeit.



Michail Scholochow und der Schriftsteller Bernhard Seeger besuchen eine LPG

Symposium teil. Doch die meisten von uns, ich selber eingeschlossen, waren damals noch nicht bereit, seinen Argumenten zu folgen. Scholochow als Autor des „Stillen Don“ hatte die Zusammenhänge tiefer gesehen. Wenn man heute sein Lebenswerk überblickt und auch seine Äußerungen aus den letzten Lebensjahren bedenkt, kommt man zu dem Schluss, dass er die Ereignisse, die sich zwischen 1917 und 1921 in den Kosakendörfern am Don abspielten, als ein großes warnendes Menetekel des Jahrhunderts gestaltete. Was sich bei Handlungsbeginn 1912 wie ein Dorfroman, ein Stück Familiengeschichte aus dem fast exotisch anmutenden Kosakenmilieu (mit starken Charakteren!) anlässt, geht bald in ausladende und schockierende Bilder von den Fronten des Ersten Weltkriegs über, und diese wiederum münden darin, dass der nunmehr als revolutionär deklarierte Krieg in die Stanizen der Kosaken kommt und die Fronten mitten durch die Familien gehen. Der junge Scholochow hat einst für die Sowjet-

Töten müssen sein menschliches Selbst zu verlieren droht ... Letztlich erleiden in dieser Art Krieg männlicher Taten- und Machogehabe ein Fiasko. (Bezeichnenderweise fand ein deutscher Rezensent 1931 in der Übersetzung der ersten Romanteile eine pazifistische Note.) Daher gewannen Frauen wie die alte Iljinitchna, die Mutter Melechows, die zu Friedfertigkeit, Versöhnung und zur Rückkehr in die Normalität bäuerlichen Lebens aufriefen, gegen Romanende hin mehr und mehr an Gewicht. Beim Betrachten von Bernhard Heisigs großformatigen Bildern in Leipzigs neuem Museumsbau kam mir dieser Tage der Gedanke, dass den Maler ebenso wie Scholochow durch die Jahre die Fülle der Gesichter von durchlebten Kriegsgreueln und Gewalt wie ein Trauma verfolgt haben muss, sodass sie wieder und wieder zu künstlerischem Ausdruck drängten. Noch nach Jahrzehnten hat Scholochow dem erwachsenen Sohn ausgemalt, wie schrecklich es war, als die einander verfeindeten Kosaken von den

Als das vielzitierte „Tauwetter“ noch in den Anfängen steckte, 1954, hatte Scholochow in einer furiosen Rede auf dem II. Schriftstellerkongress der UdSSR einen antibürokratischen Kehraus nicht nur im Literaturwesen, sondern im ganzen Umgang mit Rängen und Orden gefordert! Doch dann schien es (und Äußerungen gegenüber Vertrauten belegen dies), als habe bei dem Schriftsteller die Befürchtung, bei weiteren Reformen könne alles Bewahrenswerte den Bach hinunter gehen, Oberhand gewonnen. Seine Parteitagsgespräche konnten nun eher von Gegnern des Fortschritts und der künstlerischen Freiheit zitiert werden, und so manchen machte er sich zum Feind, darunter auch Alexander Solshenizyn. Für diesen war es wiederum kein Ruhmesblatt, dass er im Exil die unsägliche Kampagne anzettelte, in der ernsthaft behauptet wurde, nicht Scholochow, sondern ein anderer, drittklassiger Kosakenautor habe den „Stillen Don“ geschrieben. Und mancher beeilte sich, diese „Neuigkeit“ auch in Nachschlagewerke aufzunehmen. Obwohl sie sich bald als reine Erfindung erwies. So gab es in den letzten Lebensjahren Scholochows Dinge, die dem Leser den Blick auf die Bedeutung Michail Scholochows, der zu Recht mit dem Nobelpreis gewürdigt wurde, verstellen konnten. Mit dem Abstand von heute betrachtet, war es nur eine Episode. Was mich selber angeht, so bin ich gerade in den letzten Jahren wieder und wieder zur Beschäftigung mit seinen Werken zurückgekehrt und habe daraus Erkenntnisgewinn gezogen. Dies wünsche ich auch vielen anderen seiner Leser!



Von
**KLAUS
HUHN**

Die einen jubeln, die anderen trauern, noch andere sind zufrieden, dass der Fußballtrubel sein Ende hat. Es ist die Stunde der Kommentatoren und Analytiker. Sie erforschen Hintergründe, Vordergründe und dazu noch andere Gründe. Zum Beispiel soll dem verehrten Publikum erklärt werden, warum Bayern München wieder Meister wurde. Da ich das schreibe, schwinden die Zeilen von meinem Monitor und das Gesicht des weisen Netzer drängelt sich nach vorn. Der weiß mit der Miene, mit der Einstein nicht die Relativitätstheorie verkündete, weil der sich nie für annähernd so wichtig hielt wie Netzer, alles, was man wissen muss, um die deutsche Fußballwelt zu begreifen. Ich sehe die Dinge schlichter und gelange zu folgendem Schluss. Es kommt im Fußball vor, dass ein ins Tor gezielter Ball nur den Pfosten trifft, wieder herausspringt und demzufolge im Kampf um die Meisterschaft „entfällt“. Derlei kann Spiele entscheiden, aber nicht die Welt des Fußballs erklären. Die offenbart sich nur bei einem Blick auf Konten.

Deshalb habe ich für LN eine Tabelle zu Papier gebracht, die diese Relationen deutlich macht, in dem sie die Meisterschaftsleistung mit dem Jahresbudget des Vereins vergleicht:

Name	Punkte	Etat
Bayern München	74	60 Mill.
FC Schalke	60	38 Mill.
VfB Stuttgart	58	32 Mill.
Hertha BSC	57	22 Mill.
Werder Bremen	56	30 Mill.
Bayer Leverkusen	54	28 Mill.
Borussia Dortmund	52	32 Mill.
Hamburger SV	51	30 Mill.
VfL Wolfsburg	45	30 Mill.
Hannover 96	44	18 Mill.
1. FC Kaiserslautern	42	17,5 Mill.

Arminia Bielefeld	40	9,5 Mill.
FSV Mainz 05	40	11,5 Mill.
1. FC Nürnberg	38	13 Mill.
Borussia M'Gladbach	36	25 Mill.
VfL Bochum	32	12,5 Mill.
Hansa Rostock	30	12,2 Mill.
SC Freiburg	18	13 Mill.

Im Grunde beantwortet die Tabelle viele, wenn nicht sogar fast alle Fragen. Nur „fast“, weil sie keine Auskunft über die derzeitigen Schulden der Vereine gibt. Der Grund ist einleuchtend: Niemand verrät, wie viel Schulden er tatsächlich hat. Hätte sich LN die Kosten für ein Gutachten leisten können, das diese Summen beschafft, wäre indes nur klar geworden, dass die Ver-

Sportkolumne Fußball im Allgemeinen und Kapitalismus

eine mit dem größten Budget in der Regel die wenigsten Schulden haben. Das ist so logisch wie die Tatsache, dass 3x3 in der Regel 9 ergibt.

Also: Das Rätseln kann reduziert werden und auf die Netzer-Weisheiten kann man ganz verzichten. Ebenso wie auf die Sprüche, ob man dem „Fußball-Osten“ nicht durch besondere „Maßnahmen“ beispringen könnte. Es sei denn, Bayern München teilte den Rostockern mit, dass sie sich drei Münchner Spieler ausleihen können und kostenlos ausleihen können. Indes: Das wäre eher ein Fall für Harry Potter.

Und wer darauf besteht, unbeirrt weiter über Fußball zu fabulieren, sollte – bevor er zu gravierenden Schläüssen gelangt – spaßeshalber ein paar Zeilen aus dem Berliner *Tagesspiegel* (Ausgabe vom 7. 5. 2005) lesen, der bekanntlich seit Jahrzehnten schon im Titel

verspricht, dass er helfen will, die Ursachen der Dinge zu erkennen: „Während die Kapitalismuskritik des SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering die Republik wochenlang in Aufruhr versetzte, verhaltete die im April beinahe zeitgleich geäußerte Kommunismuskritik des FCB-Vorsitzenden Karl-Heinz Rummenigge ohne lautes Echo. Auch die Fußball-Bundesliga sei ein kapitalistisches System, hatte der Funktionär des Deutschen Meisters FC Bayern provozierend erläutert, allerdings mit einem kommunistischen Verteilerschlüssel für die Einnahmen der 36 Profiklubs. ‚Wir machen diesen Wahnsinn nicht mehr mit‘, sagte Rummenigge. ‚Wenn es um die Verteilung der Fernsehgelder geht, höre ich nur noch das Wort Solidarität, welches ich inzwischen hasse wie die Pest.‘ Gestern legte der Bayern-Chef in der ‚Süddeutschen Zeitung‘ nach. Der Fußball gehöre reformiert, ‚wie unsere gesamte Gesellschaft reformiert gehört. Wir sind ein Land der Gleichmacherei geworden. Das muß aufhören. Der Fußball muß da möglicherweise auch gesellschaftspolitisch eine Vorreiterrolle spielen.‘

Sätze mit Sprengstoff, die die zunächst kuschende Konkurrenz aufrütteln. ... Kriegt der Krösus aus München den Hals nicht voll, fragen sich die Verfechter des Solidargedankens und wehren sich gegen Rummeniggens Reformpläne. Der Liga droht ein neuer Klassenkampf. Denn die Forderung der reichen Bayern nach mehr Geld aus dem Topf der nationalen Fernseheinnahmen geht auf Kosten der ärmeren Klubs. ... Sollte der Löwenanteil der angestrebten Mehrerlöse von mindestens 200 Millionen Euro nicht in die Kasse der Münchner fließen, könne der Klub auch aus der Solidargemeinschaft aussteigen und sich allein vermarkten, drohte Rummenigge. ... Andererseits stehen auch die Münchner mit ihrem Plädoyer für weniger Umverteilung keineswegs allein da. Andere Klubs, die kurz- oder mittelfristig ebenfalls die Champions League oder zumindest eine UEFA-Cup-Platzierung anstreben, bilden eine Art ‚Koalition der Bayern-Fürsprecher‘ (Der Spiegel).“

Wer da noch grübeln sollte, was Fußball mit Kapitalismus zu tun hat, wird vermutlich bekennen: „Keine weiteren Fragen!“

Noch eine Fußnote: Das Landgericht Berlin hat befunden, dass die Hausdurchsuchungen wegen des Verdachts der Beteiligung am Fußball-Wettskandal bei fünf Zweitligaspielern rechtswidrig waren, „weil gegen sie keinerlei Tatverdacht vorgelegen habe“. Immerhin: Vier kicken für Dynamo Dresden und einer spielte lange für Energie Cottbus. Das reichte doch, oder?

DOKUMENTIERT BIS HIERHER UND NICHT WEITER

Erklärung von Christian Führer, Pfarrer an der Nikolaikirche, und Christian Wolff, Pfarrer an der Thomaskirche, vom 2. Mai 2005

Zum 1. Mai 2005 hat der Neonazi Christian Worch, unterstützt von der NPD, zu einem Aufmarsch aufgerufen. Gegen diesen Neonazi-Aufmarsch hat es – wie in den vergangenen Jahren – einen breiten Protest der Leipzigerinnen und Leipziger gegeben. Dieser wurde darin sichtbar, dass sich am 30. April 2005 über 20 000 Menschen am Völkerschlachtdenkmal zum Courage-Konzert versammelt haben und am Nachmittag des 1. Mai 2005 über 5000 Menschen dem Aufruf gefolgt sind, auf dem Augustusplatz und dem Georgiring friedlich für die Demokratie und gegen die Neonazis zu demonstrieren.

Die Stadt Leipzig hatte durch strenge Auflagen versucht, die Demonstration der Neonazis aus dem Innenstadtbereich herauszuhalten. Dieser Versuch wurde vom Verwaltungsgericht Leipzig und Oberverwaltungsgericht Bautzen

verworfen. Nach all den Jahren der unsäglichen Rechtssprechung insbesondere des Obergerichtsbauzener können wir nun feststellen: Die Urteile des OVG Bautzen in Sachen Neonazi-Aufmarsch sind kein Beitrag zur Wahrung der rechtsstaatlichen Demokratie. Offensichtlich ist es für die Richter ein höheres Gut, den Anträgen der Neonazis stattzugeben als den Versuch zu unterstützen, mit rechtsstaatlichen Mitteln den Wirkungsbereich der Neonazis so weit es geht einzuschränken. Wir machen jedenfalls die Richter des OVG Bautzen persönlich für die Folgen ihrer Rechtssprechung verantwortlich. Die schlimmste Folge besteht darin, dass durch die Urteile die Akzeptanz der Demokratie und des Rechtsstaates weiter schweren Schaden erleidet. Die Richter haben nun zum wiederholten Mal die Aufforderung der politischen Führung in unserem Land zum „Aufstand der Anständigen“ konterkariert – und das wenige Tage vor dem 8. Mai, eine Schmach und Schande. Der Polizeieinsatz am gestrigen Tag

war in unseren Augen nicht nur vollkommen unangemessen. Er vermittelte allen Menschen, die sich am Augustusplatz versammelt hatten, den Eindruck, dass die Polizeiführung den Neonazi-Aufmarsch gegen die Bevölkerung Leipzigs und die friedlich demonstrierenden Bürgerinnen und Bürger durchsetzen wollte. Wenn die Einsatzleitung der Polizei den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel angewandt hätte, dann hätte der Neonazi-Aufmarsch sehr frühzeitig aufgelöst werden können, ohne das Recht auf Demonstrationsfreiheit und die Polizistinnen und Polizisten und die friedlichen Demonstranten zu gefährden. Stattdessen aber wurden Wasserwerfer, berittene Polizei und unzählige Beamtinnen und Beamte eingesetzt, um – wie es heute in der LVZ in unfreiwilliger Richtigkeit heißt – den Nazi-Aufmarsch „anzuführen“. Den Verantwortlichen des gestrigen Polizeieinsatzes mangelt es offensichtlich an einem klaren Bewusstsein dafür, was es heißt, die Demokratie und den Rechtsstaat gegen ihre Feinde zu vertei-

digen. Wenn die Polizeiführung so gehandelt hätte, wie es die Rechtslage zulässt und die Demokratie gebietet, dann hätten auch die sog. Autonomen keine Chance gehabt, mit ihrer Randalie zu beginnen.

Nun ist durch die Verantwortungslosigkeit von Richtern und Polizeiführung ein großer Schaden entstanden – insbesondere bei den Menschen, auf deren Einsatz die Demokratie dringend angewiesen ist: die Bürgerinnen und Bürger. Wir fragen: Wer bietet diesem Treiben endlich Einhalt? Wir sind nicht mehr bereit hinzunehmen, wie einzelne Richter und die Polizeiführung zulassen, dass die Demokratie und der Rechtsstaat beschädigt, das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für die Demokratie mit Füßen getreten und das Ansehen der Stadt Leipzig dauerhaft in Mitleidenschaft gezogen werden. Wir fordern auch von Richtern und der Polizei, dass sie in Sachen Neonazis Gesicht, vor allem aber Haltung zeigen. Dazu ist spätestens am 3. Oktober 2005 Gelegenheit.

Ignoranter Jugendweihemanach

PROF. DR. KURT SCHNEIDER, Historiker und Politikwissenschaftler (1. Sprecher des Herausgebervereins von *Leipzigs Neue*) wandte sich am 8. Mai 2005 protestierend an den Präsidenten der Jugendweihedeutschland e.V. (Karl-Liebknecht-Straße 31, 10178 Berlin): Der von Jugendweihedeutschland e.V. herausgegebene „Große Jugendweihemanach“ – Wissen Media Verlag GmbH, Gütersloh und München 2003 – enthält im Kapitel „Geschichte und Politik“ den Abschnitt „Deutsche Geschichte im Überblick“, in dem jedoch nur Deutschland nach 1945 behandelt wird, d. h. die Zeit der Herrschaft des Faschismus und die von ihm verursachten Verbrechen – ich denke dabei nicht nur an die Ermordung von 6 Millionen europäischer Juden – bleiben ungenannt, werden regelrecht ignoriert. Das ist in meinen Augen kein Lapsus, sondern eine Ungeheuerlichkeit. Die inhaltlich absolut unverständliche Abbildung einer „SA-Figur mit Naziflagge“ (S. 223) rundet den höchst negativen Eindruck dieses Jugendweihedeutschland-Buches hinsichtlich der deutschen Geschichte ab. Bisher hatte ich geglaubt, dass der Antifaschismus zur humanistischen Grundkonzeption des Wirkens Ihres Vereins gehört. „Der große Jugendweihemanach“ vermittelt jedoch ein anderes Bild, bleibt diesen Beweis schuldig.

Wie will der DGB künftig sein Verhältnis zu jungen Antifaschisten gestalten?

In LN 9'05 heißt es auf Seite 2: „Wäre nicht die IG Metall eine so kämpferische Truppe, hätte Leipzig am 1. Mai müde ausgesehen.“ Dieses Lob halte ich für überzogen – sogar für verfehlt. Wäre nämlich die IGM tatsächlich „eine so kämpferische Truppe“, dann hätte sie sich als eine Einzelgewerkschaft des DGB gegen dessen Blockade aller langfristigen Versuche antifaschistischer Jugendlicher zur Abwehr des Naziaufmarsches in der Stadt, die immerhin die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung ist, entschieden zur Wehr gesetzt. In diesem Fall hätte sie politisch wirksam wer-

den müssen – auch in den Betrieben, denn der Naziaufmarsch war per Gerichtsentcheid eine unerhörte politische Provokation nicht nur für Leipzig. Wer DGB sagt, sagt auch IGM. Man darf also gespannt sein, wie die KollegInnen in Auswertung des 1. Mai in Leipzig jetzt der DGB-Führung gegenüber auftreten und wie sie ihr künftiges Verhältnis zu den jungen Antifaschisten gestalten. Schließlich gilt es aus der Geschichte des DGB auch für die Gegenwart einige Schlussfolgerungen zu ziehen.

Auch auf Seite 2 wird in einer kleinen Notiz der neue Tarifver-

trag der IG Metall gewürdigt. Kriterium für die Lobenden ist, dass die Entgeltgruppen einheitlich für alle Beschäftigten gelten sollen. Viel wichtiger ist aber ein ganz anderes Kriterium, nämlich ob dieser Vertrag kompromisslos an den materiellen Interessen der Lohnarbeiter ansetzt und nur eine Art „Waffenstillstandsabkommen“ darstellt. D. h., ob der Vertrag die Kampfkraft der KollegInnen stärkt und zur Organisation motiviert. LN sollte unbedingt eine gründliche Prüfung in dieser Hinsicht vornehmen.

HERBERT MÜNCHOW,
LEIPZIG

Zu Ede und Unku

Ich habe gerade den Beitrag zu Ede und Unku (LN 9'05 „Zum 100. von Alex Wedding“) gelesen und will nur sagen, mich hat dieses Kinderbuch damals auch sehr beeindruckt. Einen Zungenbrecher daraus kann ich bis heute: „Paprikaschnitzel, Schnibrikapatzel, Piprikaschnatzel, Schnabrikapitzel“. Erstaunlich, was sich einem als Kind so einprägt!

Erschüttert war ich, als ich vor einigen Jahren das KZ Buchenwald besuchte und dort las, dass die lebendigen Vorbilder für Ede und Unku dort umgekommen sind. Wenn ich mich richtig erinnere, hat man an Ede wohl zuvor medizinische Versuche ausgeführt.

J. DONAT, LEIPZIG

Bruder Hanss als Zauberlehrling

Es war einmal das Alte Europa. Im Herzen dieses Kontinents lag das deutsche Land. Die Geschichte hatte es geteilt in Ost und West. Als die Geschichte es wieder zusammenfügte, kamen die Brüder und Schwestern aus dem Westen und mussten den Brüdern im Osten alles erst beibringen. Einer dieser Brüder war der Maanaager* Hanss. Er wurde großer Chef der kleinen LVB.

Als solcher brachte er den Brüdern und Schwestern in Leipzig als erstes bei: Willst du wichtig erscheinen, musst du Amerika nachmachen, aber ja nicht nachdenken. Nachmachen ohne nachzudenken nennt man in Sachsen nachhaffen. Shop, open, Event, Tram, Tiket. Heimat, Vaterland oder Muttersprache alles ist nichts mehr. Nur Amerika ist alles.

Die Leipziger sind brave Menschen. Sie äffen genau das nach, was Bruder Hanss

sich so sehr gewünscht hat. Einige schmieren Graffitis, andere randalieren an Haltestellen. Manche sehen nichts. Sie schauen aber nicht etwa weg, wie Bruder Hanss meint. Nein, sie schauen gerade nach Amerika. Aber so können sie bestimmt nicht sehen, was gerade in Leipzig passiert. Bruder Hanss kann nicht nur amerikanisch palavern. Er kann auch Plakate in deutscher Sprache drucken, und an Haltestellen ankleben lassen. Aber erst als durch seine adressierte amerikanische Nachäfferei Schaden für seine Firma oder seine Gewinne entstanden.

Tja, kleiner Bruder Hanss, schon unser großer Bruder Goethe wusste: Die Geister, die ich rief, werd' ich nicht mehr los.

ANDREAS HERMANN, LEIPZIG
(A., H.'s aktuelle Illustrationen sind zu finden unter:
ah-variabel.de)

Gebot der Stunde

Ein Wort Erwin Geschonnecks, das ich im Zusammenhang mit dem Tag der Befreiung las, nämlich dass der Zusammenschluss aller Antifaschisten das Gebot der Stunde ist, inspirierte und motivierte mich, auf ein Defizit in der Berichterstattung und Kommentierung zum 1. Mai hinzuweisen. Denn ich halte die breite öffentliche antifaschistische Präsentation, wie sie bei der Kundgebung auf dem Augustusplatz in Leipzig zu erleben war, für erwähnenswert. Gewerkschaften, SPD und PDS, auch Cuba si! sowie der Bund der Antifaschisten, die KPD, die DKP sowie die MLPD waren mit Ständen anwesend und boten zum Teil anregende Bücher, Broschüren und andere Materialien an.

HERMANN GERATHEWOHL, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

Alfred Frank, geboren am 28. Mai 1884 in Lahr im Schwarzwald, hingetötet am 12. Januar 1945 berichtet: *Ich war das sechzehnte Kind einer armen Badenser Gärtnerfamilie, und Vater starb früh. Ich wollte immer Maler werden, aber barfuß kommt man schwer voran in der Welt.* Nach dem Besuch der Volksschule und der Kunstgewerbeschule in Lahr, nach seiner Lehre zum Lithographen arbeitete Alfred Frank im erlernten Beruf. Vom Munde abgesparte Reisen nach Italien prägten seine Liebe zu Malerei und Grafik. 1906 zog es ihn nach Leipzig, dem Zentrum der graphischen Industrie, wo er neben seiner Arbeit die Abendschule an der Akademie der graphischen Künste besuchte. Mit 28 Jahren begann er dort ein lang ersehntes Direktstudium. Es wurde durch die Einberufung zum 1. Weltkrieg unterbrochen. Von 1915 bis 1918 war Alfred Frank Soldat an der Westfront. Zum konsequenten Kriegsgegner geworden, suchte er die Verbindung zur Spartakusgruppe und zur KPD. Nach dem Krieg nimmt er das Studium wieder auf und schließt

Zum Geburtstag am 28. Mai

Erinnerungen an den Maler Alfred Frank

es 1923 mit „sehr gutem Erfolg“ ab.

Als Student hatte er Gertrud Graf kennen und lieben gelernt. 1925 heiratete das Paar.

Seine Professoren legten ihm nahe, nur der Kunst zu leben. Man bot ihm ein eigenes Atelier an, eine Professur und damit materielle Sicherheit, wenn er nur von der Politik abließe. Er schlug dieses Angebot aus, um Lehrer zu werden – nicht an der Akademie, sondern an der Volkshochschule.

Alfred Frank über seine Schüler: *Ein Proletarier, dessen künstlerischer Trieb so stark ist, dass er nach Gestaltung drängt, will auch das Können erwerben, um sich auszudrücken, sich mitzuteilen. Wer sollte ihre Träume und Sehnsüchte verstehen, wenn nicht ich.*

Ab Januar 1930 war Alfred Frank Lehrer an der Marxistischen Abendschule (MASCH). Arbeiter lernten bei ihm, Plakate und Transparente zu malen und einfache Zeichnungen für Betriebszeitungen anzufertigen.

Alfred Frank: *Die herrschende Klasse duldet die Kunst nur soweit, als sie nicht das wahre Gesicht der bürgerlichen Gesellschaft darstellt. Wehe dem Künstler, der den Krieg oder ein anderes Grundübel so aufzeigt, wie es wirklich ist. Aber gerade das muss man tun, und nicht im stillen Kämmerlein, sondern öffentlich.*

Im März 1931 wurde in der Hainstraße eine Ausstellung der ASSO, der Assoziation revolutionärer bildender Künstler Deutschlands, eröffnet. Der Leipziger Polizeipräsident verbot die Ausstellung und ließ Bilder Alfred Franks beschlagnahmen, die vor dem aufkommenden Faschismus warnten.

Im Juni 1933 findet die erste Haussuchung statt. Alle im Atelier befindlichen Kunstwerke werden beschlagnahmt, teilweise vernichtet. Alfred Frank wird für 6 Wochen verhaftet. Wieder freigekommen, schließen sich beide den ersten illegal arbeitenden Gruppen an.

Anfang Januar 1934 erneute

Verurteilung zu 6 Monaten Gefängnis wegen „Verbreitung hochverräterischer Druckschriften“.

Alfred Frank: *...das Atmen wird immer schwerer ...Man muss klüger sein als der Feind, schlauer, listiger. Es wird ein langer Kampf werden. Ich gehe meinen Weg, selbst wenn am Ende das Schafott stehen sollte.*

Alfred Frank arbeitete nun in einem Heizungsbaubüro als technischer Zeichner. Abends arbeitete er illegal weiter. Um das Ehepaar Frank scharten sich Menschen, die dem faschistischen Regime Widerstand entgegenzusetzen wollten: die Ärztin Margarete Blank, der Werkdirektor Wolfgang Heinze und seine Frau Hildegard, das Ehepaar Georg und Rosemarie Sacke. Plakate mit dem Titel „Hunger: Das alles verdanken wir dem Führer!“ erschienen an den Mauern des Reichsgerichtes, des Rathauses, sogar des Polizeipräsidiums. Die Geheime Staatspolizei setzte für die Ergreifung des Urhebers 50 000 RM aus,

vergebens. Sie hat nie erfahren, dass es Alfred Frank war.

Kontakte zu Otto Engert führten 1943 zur Zusammenarbeit mit dem Widerstandskreis um Georg Schumann. Alfred Frank arbeitete als Gestalter und Pressezeichner der illegalen Zeitung „Der Widerstandskampf“.

Gertrud Frank: *Manchmal kam Alfred erst im Morgengrauen nach Hause. Völlig erschöpft, aber guter Dinge. Die gefährlichsten Aktionen führte er allein durch, selbst ich erfuhr erst hinterher davon. An solchen Tagen erfüllte ihn ein tiefes Glücksgefühl.*

Erst durch Einschleusung von Spitzeln war es der Gestapo möglich, am 18. und 19. Juli 1944 in Leipzig 59 Antifaschisten zu verhaften, darunter Alfred und Gertrud Frank. Die Gestapoangehörigen drangen in die Wohnung ein, fanden aber nichts. Alles war geborgen: der Druckerkasten, die Schablonen, die Flugschriften. Alfred Frank wurde verhaftet wegen „Wehrkraftzersetzung, Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung“.

Gertrud Frank: Am 2. August

Fortsetzung auf Seite 15

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 24. Mai, 17 Uhr, Chemnitz

Vortrag und Diskussion *Die deutsche Frage auf dem Prüfstand. Probleme des Neubeginns 1945 bis 1949.* Mit Dr. sc. Siegfried Prokop, Bernau. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V., Ortsverband Chemnitz, und der IG Frieden – Gerechtigkeit – Solidarität DASTietz, Veranstaltungssaal der Stadtbibliothek, Moritzstr. 20

Mittwoch, 25. Mai, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion *Friedrich Schiller – letzte Tage* Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt Harkortstr. 10

Mittwoch, 25. Mai, 18.30 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion *Heute Sachsen – morgen Deutschland? Zur Entwicklung und zu Gefahren des Rechtsextremismus.* Mit Volkmar Wölk, Journalist, Grimma, LAG Antifaschistische Politik der PDS Sachsen

Jugendfreizeittreff „Völkerfreundschaft“, Stuttgarter Allee

Mittwoch, 25. Mai, 19 Uhr, Dresden

Jürgen Kuczynski – ein linientreuer Dissident? Mit Dr. Mario Keßler, wiss. Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung und Privatdozent an der Universität Potsdam, und Dr. Axel Fair-Schulz, State University of New York, Buffalo „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

Freitag, 27., 16 Uhr, und Sonnabend, 28. Mai, 9–13 Uhr, Leipzig
Arbeitsstagung des Osteuropa-Arbeitskreises der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen und der Gesellschaft für Kultursoziologie zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus: *Nachkriegskonzepte für das befreite Osteuropa. Völkerrecht und Historisches, Befreiung und Vertreibung.* Mit Prof. Dr. Ernstgert Kalbe, Leipzig; Prof. Dr. Jörg Rösler, Berlin; Prof. Dr. Eckart Mehls, Berlin, und Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig/Klagenfurt. Tagungsgebühr: 5 Euro *** Harkortstr. 10

Dienstag, 31. Mai, 18 Uhr, Leipzig

Auf der Suche nach dem Sinn einer vergangenen Zeit. Gedanken zum Buch „Zwiespalt“ Mit dem Autor Prof. Dr. Werner Mittenzwei, Berlin. Moderation: Prof. Dr. Helmut Seidel Harkortstr. 10

Mittwoch, 1. Juni, 18 Uhr, Leipzig

Vortrag und Diskussion *Das Potsdamer Abkommen: Flucht und Vertreibung – ein europäisches Problem.* Mit Prof. Dr. jur. habil. Walter Poeggel. Moderation: Prof. Dr. Kurt Schneider Harkortstr. 10

Freitag, 3., bis Sonntag, 5. Juni, Chemnitz

V. Rosa-Luxemburg-Konferenz *Wissen und Bildung in der modernen Gesellschaft* ***

3. Juni, 17–19 Uhr, Podiumsdiskussion *Geistiges Eigentum, Gemeineigentum und die Eigentumsfrage.* Mit Prof. Dr. H-G. Gräbe, Informatiker, Uni Leipzig; Prof. Dr. Rainer Kühlen, Informationswissenschaftler, Uni Konstanz; Prof. Dr. Friedrich Naumann, Technikgeschichte, TU Chemnitz; und Prof. Dr. Christian Berger, Jurist, Uni Leipzig

4. Juni

10–12 Uhr, Vortrag und Diskussion im Plenum *Die Welt verändern ohne die Macht zu übernehmen – Freie Software und Freie Gesellschaft.* Mit Stefan Meretz, Informatiker, Berlin

13–15 und 16–18 Uhr: Panels entsprechend den Einreichungen **19–21 Uhr,** Podiumsdiskussion *Wissen, Bildung, Kreativität und Innovation am „Ende der Arbeitsgesellschaft“.* Mit Prof. Dr. Manfred Moldaschl, Innovationsforschung, TU Chemnitz; Prof. Dr. Hubert Laitko, Wissenschaftstheorie, Berlin; Prof. Dr. Rainer Schmidt, Ingenieurtechnik, HTW Mittweida; und Prof. Dr. Hans-Georg Mehlhorn, Vorstand der Mehlhor-Stiftung, Leipzig. Moderation: Dr. Monika Runge

5. Juni, 10–13 Uhr, Vortrag und Diskussion im Plenum *Welchen Preis hat Informationsfreiheit?* Mit PD Dr. Karsten Weber, Technik und Informationsethik, Viadrina, Frankfurt/O. Diskussion mit Petra Pau, MdB, *Die aktuelle Diskussion im Bundestag zum Informationsfreiheitsgesetz*

Teilnehmergebühr: 10 Euro/5 Euro

Tagungsort: TU Chemnitz, Reichenhainer Str. 70, HS C 104

*** Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

Marxistisches Forum

Leipzig, Braustr. 15

3. 6., 18 Uhr, Forum: *Trotzkismus – Einführung in seine Grundlagen; Fragen nach seiner Zukunft.* Buchvorstellung mit dem Autor Manuel Kellner

SZM

Stadteitzentrum Messemagistrade
Straße des 18. Oktober 10a

28. 5., 16 Uhr: Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen *Der Wolf und die Schweinchen.* Eintritt: 2,50 Euro

1. 6., 14.30 Uhr: *Buntes Fest zum Internationalen Kindertag*



Zum Geburtstag
unserer Genossen

Ursula Kalzikis,

70 Jahre am 1. Mai,

Ippokratis Kalzikis,

80 Jahre am 2. Mai,

gratulieren wir herzlichst
und danken für ihre inter-
nationale Arbeit; alles
Gute und Gesundheit.

Zum 80. Geburtstag
unseres Genossen

Prof. Walter Jahn

am 23. Mai

übermitteln wir ebenfalls
herzliche Grüße und dan-
ken ihm für sein Lebens-
werk

Eure BO Löbzig III

60. Jahrestag der Befreiung – Antifaschismus heute

Antifa-Konferenz der marxistischen Linken

28. Mai, 10.30–17 Uhr

Chemnitz, Veranstaltungszentrum Brückenstr. 10

Referenten: Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden; Klaus Bartl, MdL, Chemnitz; Rolf Becker, Gewerkschaft, Hamburg
Anmeld.: PDS-Stadtvorst. Leipzig, Tel.: 0341-14064415 bzw. E-Mail: el-leipzig@gmx.net; Siegel.Roehrsdorf@t-online.de

Fortsetzung von Seite 14

wurde ich von zwei SS-Leuten aus meiner Zelle geholt. Sie legten mir Handschellen an und brachten mich in die Auenstraße ... Man band mir die Hände auf dem Rücken zusammen und zog mich langsam an einem Strick hoch bis an die Metallstange an der Decke.... Ich schwieg... Sie ließen mich am Strick herunter und nahmen mir den Knebel aus dem Mund. Ich schwieg. Sie zogen mich ganz aus, banden mir die Füße zusammen und hängten mich wieder an die Stange, mit dem Kopf nach unten. Der eine begann, mit dem dünnen Stock auf mich einzuschlagen.... Ich blutete und hatte unbeschreibliche Schmerzen... Immer wieder fasteten sie

nach meinem Puls, denn ich sollte bei Besinnung bleiben. Sie hofften noch immer, eine Aussage aus mir herauszuquälen. Aber ich schwieg.... Plötzlich ging die Tür auf. Alfred wurde von SS-Männern herein gestoßen. Er musste zusehen, wie man mich marterte. Ihre ganze Wut ließen sie jetzt an mir aus... Wenn nur Alfred das alles aushält...

Nach Wochen voller Qualen wurde Alfred Frank zur Aburteilung nach Dresden gebracht. Gertrud Frank: Ich hatte nur sechs Jahre Zuchthaus bekommen. Alfred hat alles auf sich genommen. Die Urteile wurden am 11. und 12. Januar 1945, vier Monate vor Kriegsende, vollstreckt. Alfred Frank in einem seiner

letzten Briefe: *Es wird vieles anders werden, wenn wir nicht mehr da sind. Aber wir waren da, damit es anders wird.* 60 Jahre nach diesen Ereignissen ist rechtsextremes Gedankengut wieder in einem Teil der Gesellschaft verankert, gibt es verstärkt antisemitische und ausländerfeindliche Straftaten, ist die NPD in Sachsen wieder salonfähig geworden.

• ILSE LAUTER

Brieftexte von Alfred und Gertrud Frank wurden zitiert nach: Ursula und Michael Tschesno-Hell, Alfred Frank. Der Maler mit dem roten Stern. Berlin, Henschel-Verlag 1970. Weitere Informationen: Alfred Frank. Oeuvre-Katalog der Druckgraphik, Leipzig 1974, Museum der bildenden Künste. Katalog der graphischen Sammlung.

BUCHHANDLUNG RIJAP

Literatur für SIE

Im Juni neu bei uns:

Lothar Späth: Deutschland zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Hohenheim Verlag, 19,90 Euro

Peter Scholl-Latour: Koloss auf tönernen Füßen. Amerikas Spagat zwischen Nordkorea und Irak. Propyläen, 24 Euro

Hajo Schumacher: Kopf hoch, Deutschland. Optimistische Geschichten aus einer verzagten Republik. Biessing, 16 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

www.buchhandlung-rijap.de

In Leipzig finden Sie uns in der

Filiale Axispassage

04159 Georg-Schumann-Str. 171

Filiale Eutritzscher Zentrum

04129 Wittenberger Str. 83

Filiale Büchermarkt Mockau Center

04357 Mockauer Str. 123

Matinee für Gerhard Zwerenz

Anlässlich des 80. Geburtstages von
Gerhard Zwerenz

lädt die Leipziger PDS
am Sonntag, den 5. Juni 2005, 11.00 Uhr,
in die Räume der

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. (Harkortstrasse
10) zu einer Matinee in

Anwesenheit des Jubilars ganz herzlich ein.

Die künstlerische Gratulation wird von dem
Dresdner Schauspieler

Jochen Kretzschmar mit der Uraufführung
des Zwerenz-Stücks

"Der Generalsekretär Gottes.

Ein Monolog für das Theater" überbracht.

Anschließend Werkstattgespräch.

UNTERM DACH

Literaturcafé am Freitag

27. 5., 18 Uhr, Braustr. 15

AG Lisa lädt ein:

**Vorlesen und zuhören. Zu
Werk und Leben der Schrift-
stellerin Hedda Zinner**

Wir nahmen Abschied
vom ältesten Mitglied unserer Basisorganisation, dem
Genossen Arthur Seidel

Er verstarb im Alter von 94 Jahren am 1. April 2005.
Solange er dazu in der Lage war, hat er als Ortschronist aktiv
am politischen Leben unseres Ortes teilgenommen.

Basisorganisation der PDS Großpösna

Seit geraumer Zeit beschwert sich meine Frau am Frühstückstisch, dass ich nachts ruhestörende Geräusche absondern würde, die selbst den Lärmpegel einer Kreissäge überträfen.

„Du schnarchst.“ „Ich schnarche nicht“, wügte ich ihre Unterstellung ab. „Doch!“ „Unsinn“, entgegnete ich. „Ich würde es doch hören. Ich bin schließlich viel näher dran.“

Am darauf folgenden Morgen, meine Frau reibt sich den Schlaf aus ihren verkleisterten Augen, lenkt sie das Gespräch unweigerlich auf ihr Lieblingsthema.

„Ich kann einfach nicht schlafen bei diesem Krach“, klagt sie.

Meine Frau wehrt sich indes immer heftiger, indem sie mich jedes Mal weckt, sobald der leiseste Ton über meine Lippen knarrt. Das Fazit ist ernüchternd: Sie kommt nicht zur Ruhe, weil ich angeblich schnarchen würde und ich kann nicht schlafen, weil sie mich ständig wachrüttelt. Morgens sind wir beide wie gerädert. Ich unterbreite ihr darum einen uneigennütigen Vorschlag.

„Liebling“, sage ich, „lass mich schlafen, dann ist wenigstens einer ausgeruht!“

Herzlos ignoriert sie mein Angebot und geht stattdessen mit einer Fliegenklatsche ins Bett. Seitdem stehe ich morgens mit Gittermustern im Gesicht auf.

Eines Tages macht meine Frau eine gigantische Entdeckung, da ich wegen Halsschmerzen von meinen abendlichen Pilsnern auf Kräutertee umgestiegen bin.

„Du schnarchst nur, wenn du Alkohol getrunken hast. Von jetzt ab gibt es nach fünfzehn Uhr kein Bier mehr!“ Das war ein heimtückischer Angriff auf die Grundrechte

U. S. Levin

Im Schlafzimmer ist der Teufel los

eines Mannes, der in der standesamtlichen Zwangsgemeinschaft weniger Rechte genießt als politische Gefangene einer Militärdiktatur. Wer meine reizende beziehungsweise gereizte Gattin kennt, weiß, dass Widerstand völlig zwecklos ist. Ab jetzt war für mich sozusagen Hopfen und Malz verloren.

„Ich kann auf mein Bier nicht verzichten“, klage ich. „Du hast keine andere Wahl“, entgegnete meine Frau unnachgiebig. Bier ist für mich wie Medizin. Es beruhigt meine Nerven.“

„Aber nicht meine.“ „Aber wenn ich kein Bier bekomme, was soll ich dann trinken?“ „Buttermilch! Die ist viel bekömmlicher.“

Ich hätte nie gedacht, dass Buttermilch so hervorragend schmeckt. Wenn man die Augen schließt und an ein frisch gezapftes Pilsner denkt, trifft sie fast den Geschmack eines kühlen Schankbieres. Wie sonst hätte ich zwei Liter von der sauer fettigen Brühe herunterbekommen.

Die darauf folgende Nacht muss für meine Frau die Hölle gewesen sein, denn dieses darmschonende Milchprodukt leistet im Verdauungstrakt ganze Arbeit.

„Von mir aus kannst du wieder Bier trinken“, gab sich meine liebe Gattin geschlagen. „Lieber den Krach als diesen bestialischen Gestank.“

Im Übrigen soll ich auch bei der Buttermilchkur geschnarcht haben.



Links: Gefunden von M. Erbe in: „mobil – Das Magazin der Bahn“ 5/05.

Rechts: G. Märker fand die andere Runde Ecke, nach „mobil“-Logik das ehemalige „konsument“.



Die Gedanken sind frei. Deshalb trifft man sie auch selten an.

Reinhard Lochner

In Potsdam wird ein nobles Restaurant demnächst zugesperrt. Gäste, von denen vermutlich nur wenige zu den Wohlstands-Niederungen eines LN-Lesers zählen, müssen umziehen. In der „Villa Kellermann“ wird bald nicht mehr serviert. Allerdings bemüht sich der Betreiber des Restaurants, ganz in der Nähe ein neues Domizil zu finden. Wer kein Potsdamer ist, hat Anspruch auf eine Erklärung. Rund um Potsdam finden sich ansehnliche Villenhäuser mit Bewohnern, die auf entsprechenden Luxus Wert legen. Das gilt auch für die Traumhäuser rund um den Heiligen See, von denen die meisten in festen Händen sind. Als unlängst jemand die „Villa Kellermann“ für läppische 1,6 Millionen Euro erwarb, sprach sich bald herum, dass der Betreffende schon ein Haus an jenem See besitzt. Man munkelte auch, dass der Zukauf nicht verwunderlich sei, weil die Dame des Hauses Erbin des stattlichen Vermögens einer – sagen wir mal flapsig – mächtigen Lockenwicklerfirma ist. Schluss damit, wir beteiligen uns nicht an Tratsch, wie er in *Bild* gepflegt wird, nehmen aber zur Kenntnis, dass die Käufer den Nobelwirt wissen ließen, man würde ihm gestatten, den Namen „Villa Kellermann“ mitzunehmen ins nächste Domizil. Der Käufer hatte nämlich ermitteln lassen, woher der Name Kellermann stammte, und war darauf gestoßen, dass der im Jahr 1945 66-jährige deutsche

Von Kellermann bis Schiller

Schriftsteller – Hauptwerk „Der Tunnel“ – zu den Mitbegründern des Kulturbundes gehörte. Derlei Organisationen aber sind den neuen Uferbewohnern des Heiligen Sees suspekt. So könnte es geschehen, dass Wanderer, die in der Regel

Wanderungen durch Neufünfland

Luxuskarossen bevorzugen, demnächst doch wieder in der „Villa Kellermann“ dinieren können. Nur eben ein Stück abseits vom Potsdamer Heiligen See. Und vielleicht wird man an der bisherigen Villa K. dann den unverwechselbaren Schriftzug des Lockenwicklerproduzenten bewundern können.

Dass wir einige Tage später tief im Thüringischen wanderten, hatte einen triftigen Grund, den jeder akzeptieren wird. Allerorts wurde der 200. Todestag Schillers begangen und ganz besonders im Dorf Bauerbach, wohin Schiller einst floh und „Kabale und Liebe“ schrieb. Das war natürlich seit jeher bekannt und ist auch in allen Biografien nachzulesen. Richtig berühmt aber wurde das Dorf erst, als es eine Freilichtbühne errichtete und ein Theaterensemble gründete. Das

war – man wagt es kaum zu sagen – im Jahr 1959 und das Ensemble hieß – man wagt es kaum zu vermelden – „Arbeiter- und Bauerntheater Friedrich Schiller“. Die kulturelle Untat ist jedoch der DDR nur halbherzig anzukreiden, weil das Theater das Land, in dem es gegründet worden war, überlebte, natürlich flugs seinen Namen änderte, aber mit Begeisterung weiter seiner vererbten Leidenschaft frönt. Am Anfang waren da sogar ABM-Kräfte. Nun vollzieht sich alles rein freiwillig und Probleme entstehen nur, wenn die Hauptdarsteller einem Job in der Ferne nachgehen und höchstens zum Wochenende auftauchen, doch bislang dessen ungeachtet weiter proben. In der *Berliner Zeitung*, die DDR-Traditionen ansonsten ignoriert, las ich: „Ein Bauerbacher lebt und stirbt mit dem Theater. Ohne Theater wären wir ein Dorf wie jedes andere. Wenn hier nicht mehr gespielt werden würde, wäre alles tot. Es ist das Wertvollste, was wir haben.“ Und um jedem „Kult“ wirksam zu begegnen, fügte das Blatt hinzu: „Schiller hat es hinterlassen.“ Bravo! Des Wanderers Tip: Kommt jemand nach Thüringen, sollte er sich zuvor über den Bauerbacher Spielplan informieren. Es lohnt sich.

• KLAUS HUHN

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

FUNDSACHEN

Wir haben es wieder gehört: Westerwelle leidet an Sprechdurchfall – und zwar unheilbar. DLF 6.5.

Wer die BRD für kapitalistisch hält, der hält auch Kuba für demokratisch. Guido Westerwelle DLF 7. 5.

200 Schweizer Ärzte, Krankenschwestern, Sekretärinnen haben während des zweiten Weltkrieges auf Seiten der deutschen Wehrmacht an der Ostfront gearbeitet. Allen gemeinsam war ihre antikommunistische Einstellung. Sie dachten, sie arbeiten für das Schweizer Rote Kreuz. Nach ihrer Rückkehr verdonnerte sie ihre Regierung zum Schweigen. 3sat 10. 5.

Die deutsche Geschichte – das ist mehr als die „12 Jahre“. Das ist nämlich auch die wunderbare Zeit, in der Nazis für eine wirtschaftswunderbare Bundesrepublik wirken durften – als Ministerpräsidenten, Staatssekretäre, Richter, Rundfunkintendanten ...

Geradeheraus volksgemeinschaftlich hat sich auch der Kleinmachnower Bürgermeister ausgedrückt. Namens der überwiegend westdeutschen Villeneroberer in seiner Gemeinde fühlt er sich „nicht befreit“, sondern erobert, und von „Stalins roten Horden“ niedergeknüpelt.

Mathias Wedel,
beides Eulenspiegel 5/05

Die Salzgitter AG erhöht die Aktionärsdividende um 60 Prozent. ZDF 10. 5.

• GEFUNDEN VON
MANFRED ERBE



Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e. V.,
V. i. S. P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345
E-Mail: leipzigs_neue@t-online.de
Internet: www.leipzigs-neue.de
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:
Ralf Fiebelkom, Büro- und Verlagsservice,
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

Anzeigen, Werbung:
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ost-
straße 39, 04420 Markranstädt. Tel.:
034205/18 010, Fax: 034205/18 062
E-Mail: bergpr@web.de

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

17. Mai

Die nächste Ausgabe erscheint am 3. Juni

Spendenkonto für Projekt Linke Zeitung e. V.
bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92,
Konto: 11 50 11 48 40